

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis Nr. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kasper, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Industrie und Sozialpolitik.

„Mit der Sozialpolitik hat man noch keinen einzigen Sozialdemokraten befehrt“ — zischen die kapitalistischen Goldschreiber voll Wut darüber, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeiter sich durch sozialreformistische Wetzsuppen nicht über den trotz alledem bestehenden Klassen Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten hinwegtäuschen läßt. In der Tat muß es für ein kapitalistisches Gemüt recht ärgerlich sein, daß die Masse der Arbeiter sich durch große Invaliden- und Altersrenten nicht imponieren läßt, sondern unentwegt an der Ueberzeugung festhält, daß die ganze Versicherung, auch wenn sie zehnmal mehr leistete, an dem Grundproblem des sozialen Uebels nichts ändert. Die denkenden Arbeiter — und das sind die politischen wie auch sonst ausschlaggebenden, die wertvollsten Elemente des Proletariats — sagen sich mit vollem Recht: Was nützt uns die Fürsorge für die Kranken und Sterbenden, für die Krüppel und Invaliden der Arbeit, wenn die Arbeitsfähigen in Staat und Gemeinde, in Fabrik und Werkstatt, wie im gesamten öffentlichen Leben mit Füßen getreten werden, wenn man sie mit minderen Rechten ausstattet und selbst dieses minderen Rechtes zu berauben unablässig bestrebt ist? Kann das Almosen der Kranken- und Invalidenversicherung, deren Leistungen zum größeren Teil ja von den „Versicherten“ selbst gedeckt werden müssen, für die Mißhandlungen und Beleidigungen entschädigen, die die Arbeiter Tag für Tag durch die Unternehmer und die ihr verbündete Bürokratie erfahren? Kann die Ausbeutung des arbeitsfähigen Arbeiters durch den unmittelbaren „Arbeitgeber“, verschärft durch die Hungerpolitik der Postwucherer und Zwischenhändler, etwa wettgemacht werden dadurch, daß man dem arbeitsunfähigen Opfer der Ausbeutung im Alter eine schätzbare „Rente“ hinwirft? Soll die ihn für all die Entbehrungen und Leiden, für all die Mißhandlungen entschädigen, die er zeitlebens erduldet? Für ein Narr, ein Idiot oder „Patriot“ kann dies glauben, nur eine feige, erbärmliche Knechtsseele wird vielleicht den Schein der Gleichberechtigung für das Sein hinnehmen und die Form mit dem Inhalt verwechseln...

Als feinerzeit bei der Delegiertenversammlung des „Zentralverbandes deutscher Industrieller“ der Handelsminister Delbrück meinte, man könne nicht gut von einem „Herrenstandpunkt“ sprechen, sondern solle das Recht des Unternehmers lieber „Kommandogewalt“ benamen, da erfuhr diese Aeußerung des natürlich nichts weniger als arbeiterfreundlichen Herrn seitens der Schlotjunker schroffen Widerspruch. Wie? Nur eine „Kommandogewalt“ sollen wir haben? Also maulten die Scharfmacher, und ein industrielles Fachblatt schrieb:

„Die Stellung der Industrie zur Sozialpolitik ist unter allen Umständen dadurch bedingt, daß der Unternehmer bei allem Wohlwollen für seine Angestellten und Arbeiter doch immer das Heft in der Hand behalten und — wie er die einzige verantwortliche Stelle in seinem Betriebe ist — auch die einzige dirigierende und exekutierende Stelle seines Unternehmens einzunehmen trachten muß. Ob man dies „Herrenstandpunkt“ oder (wie der Handelsminister Delbrück gesagt hat) „Kommandogewalt“ nennt — das Wort tut nichts zur Sache. Aber darauf kann das Unternehmertum nie und nimmer verzichten, daß es innerhalb seines Betriebes gemäß den durch die Gesetzgebung gezogenen Grenzen das unbedingte Gebietsrecht ausüben können muß, wenn anders Ordnung und Disziplin gewahrt bleiben sollen. Und je strenger letztere gewahrt werden, desto lieber kann es dem Staate sein, denn desto weniger hat er selber Veranlassung, für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung Sorge zu tragen.“

Dieses schöne Geständnis einer Kapitalistenseele stand in der „Gummizeitung“ zu lesen; es hätte ebensogut in irgendeinem anderen Fachblatte der Industrie stehen können und stimmt sinngemäß mit den Anschauungen aller Organe der Unternehmung vollkommen überein. Es ist so, wie das genannte Blatt sagt: die Stellung der Industrie zur Sozialpolitik hängt durchaus von dem Umstande ab, ob die letztere den Fabrikabsolutismus der Unternehmer beieinträchtigt oder nicht. Darauf kommt es den Industriellen vor allem an. Sie wollen die Herren sein, die absoluten Herren. Zwar haben sogar die Monarchen ihre Herrschergehalt vielfach schon mit den „Untertanen“ teilen müssen und müssen immer daran glauben, daß der winzige Rest der „Herren“laste nicht ausreicht, um einen Staat zu regieren und ein Volk zu lenken, aber die Herren Ausbeuter in Fabrik und Werkstatt wollen für sich eine Exorbitanz; ihre Untertanen sollen nach wie vor in einem Fürsorgeverhältnis wie weiland die Bauern der weiland Bauherren im Mittelalter stehen. Möglich ist der Schluss-

schluß der vorhin zitierten Stelle: Je mehr der Unternehmer gegenüber „seinen“ Arbeitern den Verdarmen spielen könne, desto weniger brauche es der Staat zu tun. —

Also nicht bloße „Kommandogewalt“, sondern „Herrenstandpunkt“! Das militärische Verhältnis genügt dem Ausbeuter vom echten Schrot und Korn nicht. Denn Offiziere und Soldaten müssen ihre Pflicht tun ohne Rücksicht auf die Verwundung, die sie erhalten. Der Tod fürs Vaterland muß ihnen eine Ehre sein.

„Ganz anders beim Industriellen und Arbeiter. Wohl leuchtet auch ihnen ein Ideal voran: Das Ansehen des deutschen Fabrikats, der deutschen Arbeit und die Sicherung der deutschen Industrie durch diese. Aber — daneben kommt als treibendes Moment die Entlohnung in Frage und das wäre ein schlechter deutscher Kaufmann, der diesen Punkt nicht in die vorderste Linie mit stellte, denn von dem, was er verdient, was er aus anderen Ländern für seine Ware herausholt, hängt das Wachstum des Reichtums unseres Vaterlandes ab. Und an diesem Wachstum des deutschen Reichtums hat nicht bloß der deutsche Kaufmann ein sehr lebhaftes Interesse, sondern das gesamte deutsche Volk. Wenn unsere Industrie nichts verdient, so können wir uns mit all unserer Herrlichkeit begraben lassen, denn dann müssen wir am Hungertuche nagen. Deshalb müssen Industrie und Handel verdienen und alle Gesetzesparagrafen müssen darauf zugeschnitten sein, daß Industrie und Handel so viel als möglich verdienen können und ihnen ihr Verdienst auch erhalten bleibe. Das ist der Punkt, auf den es auch in sozialpolitischer Beziehung ankommt. Die Industrie wird stets gerne alle sozialpolitischen Lasten auf sich nehmen, solange ihr damit nicht die Fähigkeit des „Verdienens“ genommen wird. Verdienen aber kann sie nur, wenn sie trotz der sozialpolitischen Lasten dem Auslande gegenüber konkurrenzfähig bleibt.“

Kann man deutlicher sprechen? Alle Arbeiter, die heute noch in dem süßen Wahn sich wiegen, daß der Kapitalismus, wie er heute in den großen und kleinen Unternehmern verkörpert ist, den Arbeiter niemals als etwas anderes denn als ein Objekt der Ausbeutung zu betrachten geneigt ist, sollte sich diese Worte hinter Glas und Maschinen aufbewahren, damit er sie täglich vor Augen habe und sich daran erinnere, daß es zwischen Kapital und Arbeit keinen Frieden gibt, und daß diejenigen Schwachköpfe oder Verräter sind, welche dem Arbeiter einreden wollen, er könne seine Interessen vertrauensvoll der Gnade und Fürsorge des so „wohlwollenden“ „Herrn“ und Gebieters anvertrauen. Die so reden, wollen den Arbeiter einlullen, täuschen, betrügen, auf daß er verzichte, sein Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. „Verdienen“ — das ist die einzige, ausschließliche Sorge des Unternehmers, verdienen unter allen Umständen, um jeden Preis, nicht bloß auf Kosten des eigenen Volksgenossen, der eigenen Stammesverwandten, des eigenen Fleisches und Blutes! Was Vaterland, was Nation, was Heimal, was Volksgemeinschaft — verdienen! Profit erjagen, Mehrwert aneignen, unbezahlte Arbeit ergattern, fremde Leistungen erhaschen — das ist, darin besteht und erschöpft sich die Sozial- und Wirtschaftspolitik des Unternehmertums!

Wenn man solche Reueherungen liest, dann versteht man es schon, daß die Industriellen seit 20 Jahren über Arbeitermangel klagen. Die industrielle Reservearmee ist ihnen zu klein und sie können deshalb die Konkurrenz unter den Arbeitern nicht so ausnützen, wie sie gern möchten. Um aber doch auf den Lohn besser drücken zu können, führen sie staatsfremde Arbeiter ein: galizische und russische Polen, Italiener und Ungarn. Die sind nämlich noch billiger als die deutschen Arbeiter, noch geduldiger, noch zahmer. Zwar ist die Beschäftigung nichtdeutscher Elemente nicht gerade eine nationale Geldental zu nennen, zwar könnten die deutschen Arbeiter, wenn sie ein so schlechtes Nationalgefühl hätten wie die Kapitalisten, sich gegen den Import ausländischer Arbeiter aussprechen, allein die Unternehmer wissen, daß die Klassenbewußten Arbeiter Deutschlands über andere wirksamere Mittel verfügen, um die Konkurrenz der slawischen, italienischen, ungarischen Arbeiter unschädlich zu machen: die Organisation, die Aufklärung, die allgemeine Forderung des Lohnmehrs und der Lebenshaltung. Und weil sie das wissen, darum wenden sie sich ja so erbittert gegen jedes Stückchen Sozialreform, es sei denn, daß dieses zu einem neuen Mittel der Knebelung der Arbeiterklasse wird — siehe Reichsversicherungsordnung!

Ueber Arbeitermangel schreien die Industriellen, aber eine Arbeitslosenversicherung lehnen sie brüsk ab. In Zeiten der Hochkonjunktur haben sie nicht genug Objekte zum Ausbeuten, jetzt aber, in der Zeit des Krises, da ist vom Aus-

beitermangel keine Rede! „Jeder deutsche Arbeiter, der heute arbeiten will, findet reichlich bezahlte Arbeit und lohnenden Verdienst. Jeder deutsche Arbeiter ist heute in der Lage, für sich und die Seinen selbst sorgen zu können.“ Also war in einem der vielen Preßerzeugnisse zu lesen, die die Unternehmerverbände so reichlich unterhalten. Braucht es hierzu, zu diesen aufreizenden Worten eines Irrsinnigen, noch eines Kommentars? Zehntausende Menschen arbeitslos — und irgendein kapitalistischer Preßknecht, der aber weiß, daß er der Zustimmung seiner Auftraggeber sicher ist, erfrecht sich, zu behaupten, daß es reichlich bezahlte, lohnende Arbeit in Fülle und Fülle gebe!

Auch diese blutige Verhöhnung der arbeitslosen Arbeitswilligen sollte sich jeder Arbeiter gut merken und sollte er sich ins Gedächtnis zurückerufen, so oft ihm irgendein hinterlistiger Agent des Kapitalismus weismachen will, daß das Heil der Arbeiterklasse anderwärts als im Lager der großen Armeeklassenbewußter Gewerkschaftler zu suchen und zu finden ist. Die Sozialpolitik ist den Industriellen nur eine Kirchenfahne, hinter der sie die Geisteschwachen und Kleinmütigen versammeln möchten, um ihren Vorteil als Arbeitgeber zu mehren und ihre Autorität zu erhöhen. Und die Sozialpolitik taugt ihnen nur dann und nur dazu, wenn und insofern sie die gekennzeichneten Zwecke des Ausbeutertums erfüllt. Eine Sozialpolitik, die dem Fabrikabsolutismus Abbruch tut oder gegen den „Verdienst“ der Herren Unternehmer mindert, erregt ihren Haß und Abscheu. Eine solche Sozialpolitik können sie nicht brauchen, die Herren Industriellen.

Wartet Euch das, Kollegen!

Wesen und Bedeutung unserer Agitationsarbeit.

Eine soziologische Studie.

II.

—r. Wenn das Neue, das Fremdartige, den Sauerreig bildet, der die sozialen Ideen in Gärung bringt, so hat ein Agitator die schwere, aber dankbare Aufgabe, die neuen Ideen in Kreise zu tragen, denen sie bislang entweder völlig fremd waren oder denen sie noch nicht zum Bewußtsein gekommen sind. Die Verkünder des Sozialismus müssen also die Neugestaltung des menschlichen Zusammenlebens auf der Grundlage einer vernünftigen Gütererzeugung und einer geregelten Güterverteilung propagieren; sie müssen den Massen das hohe Ideal einer sozialistischen Gesellschaftsordnung vor die Seele führen und ihnen den Beweis erbringen, daß sich dieses Ideal auch verwirklichen läßt. Den gewerkschaftlichen Agitatoren erwächst die Aufgabe, die breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung von der Notwendigkeit besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu überzeugen und ihnen den Weg zu zeigen, wie dies Ziel zu erreichen ist. Und wer für Genossenschaften agitieren will, der muß imstande sein, den Wert der Konsumentenorganisation im wirtschaftlichen Leben überzeugend nachzuweisen.

In der Praxis besagt das, daß der Agitator eine gediegene Kenntnis besitzen muß von dem, was er seinen Zuhörern bringen will, daß er das Gebiet, worin er tätig ist, gründlich beherrscht. Es macht immer einen schlechten Eindruck, wenn die Zuhörer merken, daß es in dieser Beziehung hapert, weil der Redner selbst nicht genau weiß, was er will. Wer auf einem Gebiete nicht zu Hause ist, der sollte lieber selbst zu Hause bleiben. Ein eingehendes Studium in Theorie und Praxis ist also die Vorbedingung eines agitatorischen Erfolges. Und dabei darf sich die Kenntnis nicht auf das Beschränkte, was man als der Neue bringt, sondern sie muß sich auch auf das Feld erstrecken, was man beackern will. Weil die neuen Ideen nur dann auf einen fruchtbaren Boden fallen, wenn der Boden beackert und aufnahmefähig ist, weil sie nur dann in den Herzen der Zuhörer Widerhall finden, wenn sie an bekannte Saiten anklängen, so ergibt sich die Notwendigkeit, daß ein Agitator den Gedankenkreis, die Gefühlswelt und die Interessensphäre seiner Zuhörer kennt. Die Pädagogen nennen das, man muß das Neue an das Alte anknüpfen, man muß vom Bekannten zum Unbekannten fortfahren. So müssen auch wir, wenn wir erfolgreich agitieren wollen, uns in die Lage unserer Zuhörer versetzen.

Wieviel unsere proletarische Agitation in dieser Hinsicht noch zu wünschen übrig läßt, ist allgemein bekannt. Wie schwierig ist es z. B. für einen großstädtischen Agitator, das platte Land zu bearbeiten, oder für einen Industriearbeiter, den Ton zu treffen, der den ländlichen Proletariern zu Herzen geht. Auch in den verschiedenen

Gegenüber Deutschlands machen sich tiefgehende Unterschiede im Volkcharakter, in der sozialen Gliederung und in der wirtschaftlichen Entwicklung bemerkbar, die beim Agitieren natürlich berücksichtigt werden müssen. Ein Landsmann kann mit Landleuten besser unterhalten als mit Stamme Fremden, und ein Kollege wird in gewerkschaftlichen Dingen bei seinen Kollegen leichter Anschluss finden, als wenn ein Nicht-Berufsgenosse zu ihm spricht. Und eine Frau hat stets einen Vorsprung, wenn sie ihre Geschlechtsgenossinnen über Sachen aufklärt, die die weiblichen Interessen berühren. Alles dies beruht darauf, daß sich eine Ideenverbindung am leichtesten herstellen läßt, wenn Anknüpfung- und Verührungspunkte vorhanden sind.

Eine jede Agitation muß sich zunächst an das Gefühl der Zuhörer wenden, wobei auch die Phantasie eine Rolle spielt; dann muß der Redner den Verstand seiner Hörer in Tätigkeit setzen, und endlich muß er den Willen entflammen. Wenn ein proletarischer Agitator seine Klassengenossen zu Klassenbewußten Klassenkämpfern erziehen will, so muß er in erster Linie auf die Klassengegenstände hinweisen, die die Gesellschaft zerklüften; er muß ihnen diese Gegensätze vor Augen führen in wirtschaftlicher, sozialer, geistiger und rechtlicher Beziehung; er muß ihnen zeigen, daß der Proletarier in bezug auf seine materiellen Existenzbedingungen (Nahrung, Wohnung, Kleidung, Arbeit, Erholung usw.) hinter dem Bourgeois zurücksteht, daß der Arbeiter in sozialer Beziehung weniger gilt als der Gelbbesitzer, daß er auf geistigem Gebiete, in bezug auf Bildung, Wissen und Kunst zurückgesetzt wird und daß er endlich im heutigen Klassenstaate weniger Recht hat als ein Angehöriger der bestehenden Klasse. Diese Gegensätze müssen die Zuhörer als ein Unrecht und eine Mißachtung empfinden; ihr Gerechtigkeitsgefühl und ihr Ehrgefühl muß sich dagegen aufbäumen und das Bewußtsein, einer unterdrückten und entrechteten Klasse anzugehören, muß ihnen in Fleisch und Blut übergehen. Aber damit ist die Agitationsarbeit noch nicht abgeschlossen, denn nimmere gilt es, auf den Verstand zu wirken; die Zuhörer müssen die wirtschaftlichen und sozialen Untergründe der Klassengesellschaft erkennen, sie müssen die Ursachen des seit Jahrtausenden bestehenden Unrechts verstehen lernen und sie müssen auch begreifen, daß eine Aenderung notwendig und möglich ist; es muß ihnen gezeigt werden, wie die heutige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aus der Vergangenheit heraus entstanden ist und im Geiste müssen sie den Weg vor sich sehen, der aus der Gegenwart in das bessere Neuland hinführt, das schon am fernen Horizont empordämmert. Auch die unabwiesbare Notwendigkeit des Zusammenschlusses, des Hand-in-Hand-Arbeitens, des Schulter-an-Schulter-Kämpfens, muß ihnen gepredigt werden. Die sozialen Gesetze der Entwicklung, der Organisation, der Solidarität, der Disziplin und des Opfermutts müssen den Zuhörern in die Seele geschrieben werden. Und dann kommt erst die letzte und wichtigste Arbeit. Der Wille muß auf das bestimmte Ziel gerichtet werden, er muß gestärkt und gestählt werden, damit die Zuhörer das, was sie für richtig erkannt haben, auch in die Wirklichkeit umzusetzen suchen; der heilige Entschluß muß in jeder Brust lebendig werden, das Unrecht zu beseitigen, koste es, was es wolle, und dem Rechte zum Siege zu verhelfen, wenn auch die größten Gefahren und Schwierigkeiten drohen.

Die Agitationsarbeit soll die Zuhörer in ihrer geistigen Entwicklung fördern: die sozialistische Agitation soll aus Gefühlsozialisten denkende, überzeugte Sozialdemokraten und Klassenkämpfer machen, die gewerkschaftliche Agitation ist dazu berufen, alle jene Arbeiter, die unter dem Druck elender Lohn- und Arbeitsbedingungen seufzen, zu tatkräftigen, organisierten Kämpfern zu erziehen und die genossenschaftliche Agitation soll den Zweck verfolgen, die Kaufkraft der einzelnen Arbeiterfamilien in ein gemeinsames Flußbett zu leiten, damit die Millionen kleiner Wägen zu einem rauschenden Strom werden, der das Wirtschaftsleben befruchtet. Die Agitationsarbeit muß deshalb berücksichtigen, daß der Mensch in geistiger Beziehung ein ganz kompliziertes Wesen ist, das Gefühl und Phantasie, Verstand und Willen hat, sie darf aber auch nicht vergessen, daß eine Gruppe von Menschen ebenfalls ein komplizierter Organismus ist, in dem die verschiedenartigen Triebkräfte tätig sind. „Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen“, sagt Goethe und das soll der Agitator bedenken, wenn er vor einer Versammlung steht; er muß zum Herzen der Zuhörer sprechen und ihr soziales Empfinden wecken, er muß ihnen positives Wissen bieten, damit auch ihr Verstand zu seinem Rechte kommt, und er muß endlich in ihnen den Willen zur Tat wecken, damit die Begeisterung, die er entflammt hat, nicht wie ein Strohhalm verfliehet und wie eine Seifenblase in der Luft zerplatzt. Wer in dieser Weise die Agitation betreibt, wird auch Erfolge erzielen, und zwar Erfolge nachhaltiger Art, die den Weisheitssturm am Schluß einer schwungvollen Rede überdauern; der äußere Erfolg tut es nicht, aber daß die Samenfrüchte, die der Redner ausgestreut hat, aufgehen und Früchte bringen, das ist die Hauptsache.

Aus der Holzindustrie in Hessen.

Das Jahr 1909 hat der Holzindustrie im Großherzogtum Hessen nur eine bescheidene Besserung gebracht, die sich aber auch nicht in allen Teilen des Landes in gleichem Maße bemerklich gemacht hat. Insgesamt hat die Zahl der der Gewerbeinspektion unterstellten Betriebe eine Zunahme um 18, von 711 auf 729 erfahren, während sich die Gesamtzahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter um 209, von 8334 auf 8543 vermehrte. In dieser Vermehrung der Arbeiter sind aber auch nur die Aufsichtsbezirke Darmstadt und Offenbach mit 180 bzw. 260 beteiligt, während die Bezirke Gießen, Mainz und Worms einen Rückgang um 32 bzw. 75 bzw. 104 erfahren haben.

Die Zahl der Betriebe und der in ihnen beschäftigten Arbeiter verteilt sich auf die einzelnen Aufsichtsbezirke in folgender Weise:

Bezirk	Fabriken usw. in der Holzindustrie		Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter	
	1908	1909	1908	1909
Darmstadt	173	170	2081	2191
Offenbach	281	286	2565	2825
Gießen	127	133	1159	1127
Mainz	110	111	1642	1507
Worms	70	70	987	883
Insgesamt	711	729	8334	8543

In diesen Zahlen sind auch 8 Betriebe der Bürsten- und Pinselindustrie mit 84 Arbeitern enthalten. Dazu kommen noch 20 Bürsten- und Pinselmachereien mit 21 Arbeitern, die auf Grund des § 120e der Gewerbeinspektion unterstehen. Im vorigen Jahre unterstanden 8 Fabriken der Bürsten- und Pinselindustrie mit 44 Arbeitern und 21 Kleinbetriebe mit 28 Arbeitern der Gewerbeinspektion. Die an sich nicht große Zahl der in der Bürsten- und Pinselindustrie Beschäftigten hat also eine ziemlich erhebliche Verminderung erfahren.

Von der Gesamtzahl der in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiter sind 7250 (im Jahre 1908: 7110) erwachsene Männer, 612 (550) Arbeiterinnen über 16 Jahre und 656 (562) männliche und 124 (112) weibliche Arbeiter im Alter von 14 bis 16 Jahren. Dazu kommt noch ein unter

14 Jahre altes Kind. Der geringe Zuwachs an Betrieben und Arbeitern in der Holzindustrie ist übrigens an sich noch kein Zeichen eines besseren Geschäftsganges, zum Teil ist er auf die steigende Verwendung elementarer Betriebskräfte zurückzuführen, durch welche die Betriebe der Aufsicht der Gewerbeinspektoren unterstellt werden. Aus dem Bezirk Offenbach wird allerdings ein besserer Geschäftsgang in den Möbelfabrikereien berichtet. Dagegen wird im Bezirk Mainz der Rückgang in der Zahl der Beschäftigten zum Teil auf die Rückwirkung des schlechten Geschäftsganges im Lauggewerbe auf die Bauschreinereien, zum Teil auf die schon seit 1908 schlecht gehende Möbelindustrie zurückgeführt. Als Wirkung des schlechten Geschäftsganges ist die Verkürzung der Arbeitszeit zu betrachten, die im Bezirk Darmstadt neben anderen Industrien auch in der Holzindustrie eintrat. Im Bezirk Mainz sind von der, infolge des anhaltenden Geschäftsrückganges eingetretenen Arbeitszeitverkürzung, neben den Arbeitern der Beleuchtungsindustrie besonders auch die Möbelarbeiter sowie die Arbeiter einer Waggon- und einer Zündholzfabrik betroffen worden.

Werkwürdig berührt es, daß trotz des schlechten Geschäftsganges einzelne Unternehmer noch geschwinder Weise am Sonntag arbeiten ließen. Der Meister einer Blaselei im Bezirk Mainz, dessen 3 Arbeiter am Karfreitag mit dem Herstellen von Fensterahmen beschäftigt wurden, erhielt 10 Mk. Geldstrafe. Ein Kistenfabrikant, der 8 Arbeiter Sonntags beschäftigt hatte, wurde zu 20 Mk. verurteilt. Wegen eines Möbelfabrikanten im Bezirk Darmstadt und dessen verantwortlichen Betriebsleiter war das Verfahren wegen Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften über die Sonntagsruhe beim Abschluß des Berichtes noch nicht beendet. Diese Unternehmer hätten es kaum nötig gehabt, sich solchen Unannehmlichkeiten auszusetzen, denn den Gesuchen um Gestattung von Sonntagsarbeit wurde fast durchgängig entsprochen. In der gesamten Industrie wurden nur 6 Anträge, in der Holzindustrie kein einziger zurückgewiesen. Mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde wurde in 20 Betrieben der Holzindustrie, die zusammen 1689 Arbeiter beschäftigten, an 27 Sonntagen gearbeitet. Und zwar arbeiteten 255 Arbeiter zusammen 1772 Stunden. Im einzelnen wurde in 14 Fällen bis 5 Stunden, in 7 Fällen 5 bis 8 Stunden und in 6 Fällen über 8 Stunden gearbeitet. Außerdem wurde noch 4 Betrieben gestattet, ihre Arbeiterinnen an Werktagen länger als 11 Stunden pro Tag zu beschäftigen. Insgesamt machten 124 Arbeiterinnen an 44 Tagen 1548 Ueberstunden.

An Unfalluntersuchungen waren die Gewerbeinspektoren insgesamt in 14 Fällen beteiligt. Ein bemerkenswerter Unfall wird aus dem Bezirk Darmstadt berichtet. Beim Schneiden mit einer Kreissäge, die mit einem Spaltkeil versehen war, sprang ein abgetrenntes, schmales, keineswegs langes Holz zurück, traf den Arbeiter mit voller Wucht an die Bauchgegend und verursachte eine Zerreißung des Darms und einen Bluterguß in die Bauchhöhle. Der Arbeiter konnte sich wohl noch zu Fuß in seine Wohnung begeben, starb aber nach 3 Tagen, nachdem er erfolglos operiert worden war. Tödlich verunglückte auch ein anderer Arbeiter, der als Heizer in einer Möbelfabrik im Bezirk Offenbach beschäftigt war. Er war ohne Licht in den unter der Werkstätte liegenden Transmissionskanal gestiegen, um einen abgefallenen Riemen wieder aufzulegen. Hierbei wurde er erfasst und in dem engen Raum zu Tode gedrückt. Diese leichtsinnige Handlungsweise ist um so unverständlicher, als es sich um einen nüchternen, zuverlässigen Mann handelte, der schon über 20 Jahre in dem Betrieb beschäftigt war. Im Offenbacher Bezirk kamen insgesamt 23 Hand- und Fingerverletzungen an Kreissägen, Fräsmaschinen und Abriechhobelmaschinen vor. Die Verletzungen an der letztgenannten Maschine haben dank der

Terrorismus in alter Zeit.

W. Von Zeit zu Zeit läuft durch die Presse eine Nachricht, wonach irgendwo ein freitreibender Reichsberthaler oder ein ähnlich unschuldsvoller Mustertnabe von der organisierten Arbeiterchaft ein wenig unfaust behandelt wurde. Aber daß ehrliche Arbeiter sich weigern, neben solchen Subjekten zu arbeiten. Wenn auch diese Meldungen häufig erschwandeln, in der Regel stark übertrieben sind, so pflegen sie doch stets die beabsichtigte Wirkung zu erzielen. Die „gefitzte Welt“ erhebt ein jämmerliches Geschrei über die verurteilte sozialdemokratische Arbeiterbewegung, die als teuflisches Mittel den Terrorismus erfunden habe und damit die lieben, braven Arbeiter, die in Gottesfurcht und Vaterlandsliebe als Streikbrecher ihre Tage verbringen, zur Verzweiflung treibe. Und die biederen Handwerksmeister wackeln wehmützlich mit ihren Köpfen und sehnen inbrünstig die „gute, alte Zeit“ herbei. Ach, die gute, alte Zeit freitreiblicher Gesellenkämpfe! Mit welcher zähen Hartnäckigkeit und welch kühnem Trotz wuhren die Gesellen ihre Rechte zu verteidigen. Aus der strengen Disziplin, die in den alten Gesellenverbindungen herrschte, konnte die heutige Arbeiterchaft noch mancherlei lernen. Freilich wurde ein Terrorismus geübt, wie ihn sich die ausschweifendste Phantasie eines preußischen Staatsanwalts nicht schauerlicher ausmalen kann. Wehe dem Gesellen, der sich den Satzungen nicht beugen wollte. Jeder Verstoß gegen die reichhaltig paragraffierte Ordnung, jedes Schwänzen einer Zusammenkunft wurde mit Strafe belegt. Wer sich aber ernstlich gegen die Gesellenchaft verging, der wurde für „unredlich“ erklärt; das war eine Verurteilung, die den davon Betroffenen schlechthin die Existenz vernichten konnte. Ein Abzug aus dem Ort mußte nichts, denn die Gesellenchaft sandte Laufbriefe durch die Lande, und es ist ganz charakteristisch, wie weit solche Boykottklärungen bringen konnten. Eine Probe davon liefert ein verzweifelter Brief eines Heulergejellen, der 1536 in Nürnberg für „unredlich“ er-

klärt wurde, weil er unter dem fürchterlichen Verdacht stand, einem Schreiber das Deutlerhandwerk gelehrt zu haben. In dem Schreiben, das im Nürnberger Germanischen Museum aufbewahrt wird, klagt der Geächtete, wie er „von Ulm gen Muncha, von dannen gen Passau, folgend gen Wien und von Wien gen Prag“ gewandert sei und infolge der Verurteilung nirgend Arbeit fand. „Hab also aus getrunger Not 27 fl. verzert und meine guete Hand, die ich mit meiner lauren arbeit erlangt hab, verkaufen muessen.“ Er hatte dann seine Widersacher beim Nürnberger Rat verklagt und erreicht, daß sie zu acht Tagen Turm und zu Schadenersatz verurteilt wurden, aber sie hatten sich nur „einen rechtlichen preß daraus gemacht“. Und schließlich: „bin meines alters im 24. jar lan ein gut hantwert, wird mir aber zutreiben verperrt, muß also in Hungers not ganz armseliglich mein zeit mit allerley ansehlung verziehen, welches türken und hayden erbarmung hetten, aber bey dem peutler hantwert und burgern allhie wirt mir kein barmherzigkeit bewiesen.“

Diese Boykottklärung war wohl gemeinschaftlich von Meistern und Gesellen erfolgt; anders im folgenden Fall, den wir dem Protokoll des Hamburger Tischler-Amtes entnehmen. Hier erschien am 10. Januar 1781 Meister Bayerlein und klagte, daß „die Ladengesellen (die Vertrauensleute der Gesellenchaft) seinen Gesellen, den Magdeburger, weil er etliche male ist bey Strafe auf die Herberge gefordert und nicht erschienen, so haben sie ihm sein Gehalt zurück gegeben, und den Junggesellen verbotten nicht neben ihm zu arbeiten.“ Die Klage Meister Bayerleins ist ein Beweis, daß auch diese Verurteilung nicht ohne Wirkung blieb. Wie dann die vom Amt angestellte Untersuchung ergab, hatten die Gesellen den Magdeburger um 2 Mark 14 Pfennig gestraft, weil er den Ladengesellen bei „offener Lade“, das heißt, während der offiziellen Tagung der Gesellenchaft, „einen Dieb genannt hatte“. Der Ladengeselle, ein Sachse, war aber offenbar auch nicht der allerbeste, denn als Ur-

sache des Zwistes stellte sich heraus, daß er im unbezähmbaren Drang nach Tabak „bei Herrn Walter zirks 40 Pfund Cnaster Toback gestohlen“ hatte. Das Amt beschloß nun, daß der Ladengeselle seine Funktion abgeben solle, „bis er mit Herrn Walter seine Sache wegen des Tobacks hat ausgemacht“, und daß dem Magdeburger sein Strafgehalt wieder zurückgezahlt und er wieder in Ehren aufgenommen werden solle. Ob die Gesellen sich dem fügten, ist aus dem Protokoll nicht ersichtlich.

Es ist auch verbürgt, daß ganze Orte von den Handwerksgejellen boykottiert, für „unredlich“ erklärt wurden. Im 16. Jahrhundert suchte man die machtvoll angewachsenen Gesellenverbände dadurch lahmzulegen, daß ihnen die „Schenten“, die regelmäßigen Zusammenkünfte, verboten wurden. Men voran wuzten die Nürnberger Meister vom Rat der Stadt 1567 ein solches Verbot zu erzielen, doch sollten sie wenig Freude daran finden. Die Gesellen antworteten sofort mit einer Unredlichkeitsklärung, zogen in Massen aus und setzten alle benachbarten Gesellschaften von der Sachlage in Kenntnis. Nun wurde Nürnberg von den wandernden Gesellen wie die Pest gemieden; wer länger als 14 Tage in der beschriebenen Stadt arbeitete, stand in Acht und Bann, wohin er sich auch wenden mochte. Die wenigen „Streikbrecher“ waren zumeist rauflustiges Gesindel, das durch läbliche Fädel die Stadt in Unruhe brachte. Vier Jahre hielten es die Meister aus, dann war ihr Stolz gebrochen, und demütig kamen sie nun beim Rat um Aufhebung des Verbots ein. Dieser mußte sich, wollte er die Gewerbe nicht völlig vernichten, wohl oder übel zu einer vorbehaltlosen Kapitulation vor den Gesellen bequemen, damit die Meister nicht so in großes Verderben thomen und wieder gesellen bes thomen möchten, auch das dießseitigen, so die arbeiten, auswendig für redlich gehalten und nemlich das man den gesellen wider ein herberg stuben, zusammenkunft und umfrag gestatten und die ordnung geben soll“.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
 - Tischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Angermünde (Pfeiffer), Allenstein i. Ostpr. (Goffe, Brandstädter, Czajka, Hermanowski), Kurisch i. Ostpr., Vahrenth, Carlshafen, Crossen an der Elster, Dresden (Gschelbach), Gulin, Frankfurt a. Oder (Rittel, Baugeschäft), Friedenau bei Berlin (Gerwig), Friedland i. Meckl., Glanau (Albin Kreil, Zimmermeister), Gmünd (Schwab), Halle a. S. (Lindner, Ammendorf), Korb i. Westerb., Lissa in Pommern, Ralsgrünungen i. Württemberg, Rellenbach i. Thür., Mölln i. L. (Rebühl), Neustadt a. d. Haardt, Norden in Ostfriesland, Nordlingen (Weber), Peine, Schlawe in Pomm., Spandau (Wehring u. Co.), Speyer, Stettin (Schild, Scharbus), Tegernsee in Oberbayern, Uetersen, Velbert i. Rheinland (Joseph Verhoff), Waiblingen, Waldenburg i. Schles., Welter a. Ruhr, Teichsch., Wobensbach in Ostpreußen, Wablonz, Graz, Meisenberg und Wernsdorf in Böhmen, Hergen-Clarus in der Schweiz.
 - Möbelfabrikanten nach Hagen i. W., Hamburg, Welter a. Ruhr, Zürich-Albisrieden (Scheller).
 - Stuhlwebern nach Steinheim a. Harz.
 - Vergoldet und Goldblechmacher aller Branchen nach Hamburg-Altona-Ottensen (Rehrberg u. Co.).
 - Korbwebern nach Berlin (Stralauer Glashütte), Gleditzsch (Kahlke), Nürnberg.
 - Drehkern nach Angermünde (Pfeiffer), Dinkelsbühl, Kelbra am Kyffhäuser, Schönlank, Wald i. Rheinland (Zellulosefabrik Mag. Reittig).
 - Knopfmachern nach Kelbra a. Kyffh.
 - Stellmachern u. Wagenbauern nach Bremen, Delmenhorst, Halle a. S. (Lindner-Ammendorf).
 - Polierern nach Schönlank.
 - Uhrmachern nach Augsburg.

Einführung der runden Sicherheitswelle gegen fehlerhaft abgenommenen. Von den 8 Verletzungen an Abriechmaschinen ereigneten sich 5 an Maschinen mit Viertelwelle.

Mit Recht rügt es der Beamte aus dem Bezirk Offenbach, daß Arbeiter Schutzvorrichtungen entfernen oder unwirksam machen. Oft handelt es sich um geringfügige Sachen, doch begeben sich die Arbeiter dadurch nicht selten in große Gefahr. So muß beispielsweise öfters gerügt werden, daß bei Abriechmaschinen in Schreinerereien die Schutzvorrichtungen abgedreht und beiseite gelegt ist. Wenn eine solche leichtsinnige Handlungsweise zum Teil auf die Unzugänglichkeit der Vorrichtung, die bei der Arbeit zurückzuführen ist, so haben unsere Kollegen doch allen Anlaß, diesem Unfug bei jeder Gelegenheit entschieden entgegenzutreten. Nicht selten sind es allerdings die Unternehmer, welche aus Eigennutz die Mißachtung der Schutzvorschriften fördern oder wenigstens stillschweigend dulden. Es kann nur mit Genugtuung begrüßt werden, wenn die Gewerbeinspektoren gegen Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften energig einschreiten.

Der Beamte für den Bezirk Worms berichtet von einem Schreinermeister, der sich beharrlich weigerte, die ihm von der Berufsgenossenschaft vorgeschriebene Schutzvorrichtung anzubringen. Ihm wurde auf Grund des § 120a bis d der Gewerbeordnung der Betrieb so lange polizeilich geschlossen, bis die fehlenden Einrichtungen beschafft waren. Das Mittel erwies sich als probat; die Schutzvorrichtungen wurden noch am selben Tage angebracht. Zu den zum Schutze der Arbeiter gegen Betriebsgefahren erlassenen Vorschriften gehört auch die Bekanntmachung des Bundesrats vom 27. Juni 1905, betreffend die Verwendung von Bleiweiß. Diese Verordnung gilt auch für Betriebe der Holzindustrie, in welchen Bleiweiß zu Anstreicherarbeiten verwendet wird. Die beiden Inhaber einer Möbelfabrik im Bezirk Offenbach, welche Bleiweiß in ihrem Betriebe verwandten, ohne die Vorschrift der Bekanntmachung zu befolgen, wurden mit je 15 M. Geldstrafe belegt.

Mißbräuderergüssen werden aus der Bürsten- und Pinselindustrie nicht gemeldet; dagegen wurden in zwei Offenbacher Leberfabriken, die ausländische Ziegenfelle verarbeiten, 9 Arbeiter infiziert. Sie fanden sämtlich im Krankenhaus Heilung. Im Vorjahr waren in diesen Betrieben noch 17 Fälle von Mißbräuderergüssen vorgekommen. Der Bericht konstatiert diese wesentliche Abnahme der Mißbräuderkrankungen, ohne Schlüsse daraus zu ziehen. Das würde sich auch kaum rechtfertigen. Es muß zunächst abgewartet werden, ob diese Besserung Bestand hat.

15. Dänischer Tischlerkongress.

Der Kongress, der vom 7. bis 9. Juli er. zu Kopenhagen abgehalten wurde, setzte sich zusammen aus Vertretern des Dänischen Tischlerverbandes und des Dänischen Tischlervereins zu Kopenhagen. Von auswärtigen Organisationen waren vertreten der Schwedische Tischlerverband durch Linde-Stockholm, der Norwegische Tischlerverband

durch S. Petersen-Christiania und der Deutsche Holzarbeiterverband durch Schuegash-Berlin.

Die Dänischen Tischler haben früher, bis vor etwa 10 Jahren, dem Tischlerverband mit angehört, alsdann aber eine eigene Organisation gegründet. Die jedoch nicht über Kopenhagen hinausgekommen ist. Der Tischlerverband besteht seit 1885, jetzt also 25 Jahre, und war dadurch mit dem Kongress zugleich eine Jubiläumsfeier verbunden. Aus diesem Anlaß waren auch die sämtlichen 5 Vorstände, die den Tischlerverband in dieser Zeit geleitet haben, zum Kongress eingeladen und auch erschienen. Der Wechsel der Vorstände ist hauptsächlich durch Eintritt in andere Stellungen hervorgerufen worden. Während der letzten Geschäftsperiode ist gleichzeitig wieder ein Wechsel vor sich gegangen. Der Vorsitzende Karl Gran wurde 1900 in das Landeskomitee der Gewerkschaften berufen und an seine Stelle dann Martin Petersen gewählt. Karl Gran hat im Auftrage des vorigen Kongresses zum 25jährigen Bestehen des Verbandes eine Zeitschrift herausgegeben, die insbesondere die Geschichte der dänischen Holzarbeiterorganisation behandelt und nun für alle diejenigen, die sich über die Entwicklung der dänischen Organisation informieren wollen, ein willkommenes Buch sein wird. Seit 1898 hat der Tischlerverband einen angestellten Leiter, der zugleich auch die Kassengeschäfte zu führen hatte. Durch Vermehrung der Geschäfte, insbesondere infolge der Einführung der Arbeitslosenunterstützung, machte es sich 1907 notwendig, die beiden Posten voneinander zu trennen und einen Kassierer anzustellen.

Bei den Verhandlungen auf dem Kongress nahm die Frage der Arbeitslosenunterstützung einen breiten Raum ein. In Dänemark zahlt der Staat den Gewerkschaften einen Zuschuß zu der Arbeitslosenunterstützung in Höhe eines Drittels des Beitrages, den diese für diese Unterstützung erheben. Weiter erhalten die Gewerkschaften einen Zuschuß von den Gemeinden bis ein Sechstel des Beitrages. Neben dem Tischlerverband bekommt auch der Kopenhagener Bauhändlerverein den staatlichen und städtischen Zuschuß. In diesem Umstande liegt die Ursache für die gemeinsame Abhaltung des Kongresses von den beiden genannten Organisationen sowie auch dafür, daß die Arbeitslosenunterstützungskasse in der Organisation besonders verwaltet werden muß; es werden hierfür also besondere Bücher geführt. Das beiderseitige Interesse erheischt eine gemeinsame und gleichmäßige Behandlung der Beitragsfrage und der Arbeitslosenunterstützung. Der Beitrag für die Arbeitslosenunterstützung ist auf 45 Dore festgesetzt; hiervon zahlen die Mitglieder 30 Dore und der Staat 15 Dore. (Ein Dore ist nach deutscher Währung etwas über ein Pfennig.)

Eine längere Debatte entstand auch über den Vorstandsbericht. Da nach der herrschenden Tradition jede Zahlstelle auf dem Kongress vertreten ist, so bringt dies mit sich, daß auch manche lokalen Schmerzen mit zum Ausdruck kommen, die wir im Deutschen Holzarbeiterverband nur auf den Gattungen hören. Eine Veränderung in der Vertretung wird auf die Dauer nicht zu umgehen sein. Die Bestimmung, daß jede Zahlstelle das Recht zur Entsendung eines Delegierten hat, war bei den früheren Verhältnissen wohl erklärlich; inzwischen hat sich aber die Organisation ausgedehnt, sie ist jetzt auch in Orten mit wenigen Berufskollegen vertreten und bildet jeder Ort eine Zahlstelle.

Der Kongress beschäftigte sich weiter mit der Frage der Arbeitsvermittlung. Arbeitsnachweise bestehen bisher überhaupt nicht. Die Arbeitsvermittlung ist also noch ganz ungerichtet. Allgemein war man darin einig, daß dieser Zustand auf die Dauer nicht mehr weiterbestehen darf und die Errichtung von Arbeitsnachweisen angestrebt werden müsse. Die Dänischen verlangten nun, die Arbeitsnachweise gleich für obligatorisch, und zwar auch für die Unternehmer, zu erklären. Der Kongress sah jedoch ein, daß auf diese Weise nicht durchzukommen sei. Es wurde dann beschlossen, an die Errichtung von Arbeitsnachweisen heranzugehen und die Mitglieder zu verpflichten, möglichst nur diese Nachweise zu benutzen.

Im Anschluß an den Kongress fand der Verbandstag des Dänischen Tischlerverbandes statt. Zunächst entspann sich eine Debatte darüber, ob auch die Vertreter des Bauhändlervereins, der dem Verband wieder beitreten wollte, zu dem Verbandstag zugelassen werden solle. Es wird das schließlich gegen eine erhebliche Minorität beschlossen. Eine Kommission von beiden Parteien hatte schon vorher einen Vorschlag über die Uebertrittsbedingungen ausgearbeitet. Dennoch entstand eine längere Debatte in der Sache, die mit der Annahme des Vorschlages der Kommission endete. Die Bauhändler haben danach für die Aufnahme in den Tischlerverband 50 000 Kronen zu zahlen und weiter ihre frühere Schuld beim Verband noch zu begleichen. Um dies zu ermöglichen, behalten sie ihren bisherigen Beitrag von 2 Kronen (2,20 M.) pro Woche vorläufig noch bei. Der Zusammenschluß erfolgt sofort. Hierdurch erhält der Tischlerverband, der bisher circa 5000 Mitglieder zählte, eine Zunahme von circa 1800 Mitgliedern.

Mit dem Schwedischen Tischlerverband wird ein Gegenseitigkeitsvertrag zur Unterstützung bei größeren Auspörrungen und Streiks beschlossen. Die Hilfe der anderen Organisation kann erst in Anspruch genommen werden, wenn von der eigenen mindestens 10 Proz. der Mitglieder im Auslande stehen. Die Höhe der zu gewährenden Unterstützung richtet sich dann nach dem Progenverhältnis der ausländischen Mitglieder zur Mitgliederzahl des Verbandes, sowie weiter danach, ob der andere Verband zurzeit selbst ausländische Mitglieder zu unterstützen hat, eventuell in welchem Umfange.

Weiter wird eine geringe Änderung in der Zusammenfassung des erweiterten Vorstandes beschlossen. Dieser erweiterte Vorstand besteht aus 4 Vertretern von Kopenhagen, 4 von Jütland und 3 aus den übrigen Teilen Dänemarks und hat alljährlich mindestens eine Sitzung abzuhalten, wo über die allgemeinen Organisationsfragen beraten wird. Zum Schluß des Verbandstages erfolgte die Wahl der Vorstandsmitglieder und der beiden besoldeten Beamten. Letztere werden ziemlich einstimmig wiedergewählt.

Soziales.

Jahresversammlung deutscher Ortskrankenkassen.

Die Reichsversicherungsordnung beherrscht gegenwärtig in hohem Maße das öffentliche Interesse. Dieser Gesichtspunkt stand auch im Vordergrund der Verhandlungen der Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich, die am 11. Juli in Regensburg zusammentrat. Der Kongress war von 252 Ortskrankenkassen, die 4 672 908 Mitglieder umfassen, durch 484 Delegierte besetzt, er bildete also eine Instanz, deren Urteil in dieser Frage wohl gehört sein will.

Das Referat des Rechtsanwalts Dr. Mayer-Frankenthal über die Beschlüsse der Kommission zur Reichsversicherungsordnung zeigte, daß wesentliche Verbesserungen der Arbeiter an die Reichsversicherungsordnung auch von den einsichtigen Arbeitgebervertretern in den Krankenkassen gebilligt werden. Der Referent erklärte, daß er als Arbeitgeber den Anspruch der Versicherten auf das Uebergewicht in der Verwaltung der Krankenkassen voll anerkennt. Die Arbeitnehmer haben ein überwiegendes Interesse an dem Gelingen der Versicherung und daher auch ein Anrecht darauf, diese Einrichtung beeinflussen zu können. Die großen Fortschritte auf dem Gebiete der Mehrleistungen im Kampfe gegen die Volkskrankheiten und gegen den Alkoholismus wären nicht möglich gewesen, wenn nicht die Arbeitnehmer das überwiegende Stimmrecht gehabt hätten. Die Halbierung der Beiträge wird auch nicht von der Mehrheit der Arbeitgeber, sondern nur von einer kleinen Gruppe Großindustrieller gefordert. Große Differenzen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern bestehen in den Kassendörfern im allgemeinen nicht. Die meisten Beschlüsse werden vielmehr einstimmig gefaßt. Redner behauptet, daß das Recht der Krankenkassen, Kongresse auf Kassentagungen zu beschicken, nicht klar anerkannt sei, und daß man die Frauen nicht für würdig halte, Versicherungsträger zu werden.

Der Reichstagsabgeordnete für Regensburg, Freiherr von Ratten, einer der größten Mitglieder der Zentrumspartei, unternahm sodann den vergeblichen Versuch, seine Partei dagegen zu verteidigen, daß sie bei der Versicherungsreform den kapitalistischen Interessen Vorspanndienste geleistet hat. Dabei glaubte er bestreiten zu müssen, daß in der Reichsversicherungsordnungs-Kommission politische Rücksichten eine größere Rolle gespielt hätten als versicherungstechnische. Als ihm diese sonderbare Ansicht den Widerspruch dieser, doch aus Arbeitern und Arbeitgebern bestehenden Versammlung eintrug, mußte er zugestehen, daß politische Gesichtspunkte allerdings eine gewisse Bedeutung gehabt hätten.

Ein Referat über die vorbeugenden Aufgaben der Krankenkassen, das Rohn-Berlin hielt, fordert allgemein die Erweiterung der Krankenbehandlung und der Leistungen der Kassen. Insbesondere sei die Ausdehnung der Krankenbehandlung auf die Familie des Versicherten und die Erweiterung der Mutterschaftsversicherung (Wöchnerinnenhilfe) zu verlangen.

Interessant gestaltete sich die anschließende Debatte, in der Fabrikbesitzer Wiesner-Weipzig hoffte, daß bei gleichmäßiger Vertretung von Arbeitgeber und -nehmer im Vorstände ein noch harmonischeres Verhältnis als bisher entstehen würde. Der Vorsitzende Frähdorf-Dresden konnte hiergegen darauf hinweisen, daß bei einer Umfrage von 310 antwortenden Kassen sich nur 83 mit 105 Arbeitgebervorstandsmitgliedern für die Halbierung der Beiträge, dagegen 274 Kassen mit 831 Arbeitgebervorstandsmitgliedern dagegen ausgesprochen haben.

Ueber Alkohol und Krankenkassen referierte Dr. Sirt-München, der feststellte, daß der Alkohol die Ursache zahlreicher Krankheitsfälle sei und daher die Krankenkassen stark belaste. Diese mühten deshalb die Mäßigkeitbewegung durch Darstellung der nackten Tatsachen über den Alkohol unterstützen, wie ihre Tätigkeit auf diesem Gebiete überhaupt vorbeugend wirken solle. Professor Gönner-Berlin berichtete hierzu, daß in der inneren Abteilung des Charlottenburger Krankenhauses jeder fünfte Kranke Symptome einer Krankheit aufweist, die auf starkes Trinken zurückzuführen ist. Die Erfahrungen, die geistige wie körperliche Arbeiter gemacht haben, lehren, daß sowohl die geistige Klarheit, als auch die körperliche Kraft und Ausdauer durch den Alkoholmißbrauch beeinträchtigt werden.

Die große Rolle, die der Alkohol in der Unfallfrage spielt, besprach der Arbeitersekretär Graf-Frankfurt a. M. Dieser betonte, daß in den Werkstätten, in denen der Alkoholgenuß abgeschafft sei, auch die Unfallziffer zurückgegangen sei. Selbst die Brauereiarbeiter müßte feststellen, daß mit der Abschaffung des Freibieres der Brauereiarbeiter auch die Unfälle seltener geworden sind.

So klang denn aus allen diesen Reden nur zu deutlich heraus, daß die Aufklärung über die Gefahren des Alkohols auch im wohlverstandenen Interesse der Krankenkassen liege. Zum Schluß erfuhr auch der in letzter Zeit in der Presse vielrörterte Anstellungsvertrag der Krankenkassen eine Besprechung, die zu dem Beschluß führte, diesen Vertrag durch Sachverständige nachprüfen und mit den neueren gesetzlichen Bestimmungen in Einklang bringen zu lassen. Dieser Jahresversammlung, an der naturgemäß Anhänger der verschiedensten politischen Richtungen teilnahmen, zeigte wiederum, daß innerhalb der Ortskrankenkassen sich sowohl Arbeitgeber wie Arbeiter in ihren Wünschen zur Reichsversicherungsordnung in der Haupt-

sache einig sind, während hinter den Kulissen der gesetzgebenden Körperschaft eine kleine, aber einflussreiche Interessenengruppe ihre Mäntel schmiedet.

Einen interessanten Erlaß an die Gewerbeaufsichtsbeamten hat das bayerische Ministerium des Innern erlassen. Darin wird den Gewerbeaufsichtsbeamten u. a. empfohlen, sich in der Zahl der Auflagen zur Verbesserung der Betriebe in bezug auf Unfallchutz und Hygiene auf das unerläßliche Maß zu beschränken, dafür aber mit um so größerem Ernst auf den Vollzug dieser Auflagen zu dringen. Die Distriktpolizeibehörden sollen die Gewerbeaufsichtsbeamten dabei wirksam unterstützen. Wegen die Unternehmer und Betriebsleiter, die sich Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen zum Schutz von jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen zu Schulden kommen lassen, soll mit unerbittlicher Strenge vorgegangen und Strafeinstellung herbeigeführt werden. Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben mit besonderer Aufmerksamkeit darüber zu wachen, daß bei der Beschäftigung von Frauen und jugendlichen Arbeitern diejenigen Rücksichten genommen werden, die durch das Gesetz und das Alter dieser Arbeiter geboten sind. Steinbrüche und Gräberleien sollen einer intensiven Aufsicht unterworfen werden. Endlich wünscht der Minister, daß die Distriktsverwaltungsbehörden der Begründung von Gewerbegerichten für industrielle Landbezirke ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Sollte die Errichtung distriktsverwaltender Gewerbegerichte an der Kostenfrage zu scheitern in Gefahr sein, so ist der Minister bereit, aus Zentralfonds Zuschüsse zu gewähren.

Es wäre nur zu begrüßen, wenn dieser Erlaß dazu führen würde, auch den Unternehmern in den Sägewerken in nachdrücklicher Weise klar zu machen, daß für sie die neuen Bestimmungen der am 1. Januar 1910 in Kraft getretenen Novelle zur Gewerbeordnung betr. Arbeitszeit für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter ebenfalls Geltung haben.

Die paritätischen Arbeitsnachweise sind den Leuten vom Schlage der „Rost“ ein Grauel vor dem Herrn. Hat da jüngst der Oberpräsident der Provinz Hannover die Gründung eines „Verbandes niederländischer Arbeitsnachweise“ angeregt und dazu die Mitwirkung der Handelskammern erbeten. Flugs haben sich vier hannoversche Arbeitgebervereinigungen hingesetzt und dem Oberpräsidenten ein Gemisch von Ehrfurcht und Bosheit übermittelt, in dem sie seinen Vorschlag brüskt ablehnen und ihm drohen, daß Handel, Industrie und Gewerbe ihre Mitwirkung verweigern würden, wenn er es trotzdem wage, paritätische Arbeitsnachweise zu errichten. Dabei geht anscheinend der oberpräsidiale Vorschlag gar nicht über den Ausbau gemeinnütziger Arbeitsnachweise hinaus, und die sind bei dem in der Provinz Hannover herrschenden Bureaokratengeist alles andere als „paritätisch“. Aber die „Herren im Hause“ sehen darin eine unliebsame Konkurrenz für ihre Makregelungsbureaus. Sie können sich noch immer nicht damit abfinden, daß auch der Arbeiter beim Verkauf seiner Arbeitskraft ein Wörtchen mitreden will. Aber auch die Bäume dieser Herren wachsen nicht in den Himmel. Dafür sorgen die Bauarbeiterausperrung gezeigt, wo die Bauunternehmer, wenn auch schweren Herzens, auf die gewerkschaftliche Anerkennung ihrer einseitigen Arbeitsnachweise verzichten mußten.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in diesen Zahlstellen ab 1. August beträgt in Casswig 70 Pf., Danzig 70 Pf., Hameln 65 Pf., Hlauen 60 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 30. Wochenbeitrag für das Jahr 1910 fällig geworden.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Verbandstages in München befindet sich im Druck. Es wird wieder zum Preis von 20 Pf. pro Exemplar abgegeben. Wir ersuchen die Lokalverwaltungen, ihre Bestellungen baldigst an uns einzusenden.

Für die ausgesperrten Bauarbeiter gingen von unseren Zahlstellen weiter folgende Beträge ein:

- Nemef, gemeldet von den Schneidemüllern 14,40. Kürstberg i. Rastb. 2. Rate 8,70. Streich 2. Rate 16,—. Krieg 2. Rate 7,80. Niesky 60,—. Stolpen 12,—. Schönheide 6,04. Nischersleben 2. Rate 1,85. Pinneberg 3. Rate 5,—. Herdingen 100,—. Wilhel 15,—. Wl. In Summa 291,79 Pf. Bereits quittiert 32 031,17 Mk., zusammen 32 322,96 Pf.

Verloren gegangene Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt: 15948 Günther, Karl, Tischler, geb. 22. 4. 73 zu Spithenen. 167185 Weimersdorf, Leop., Tischler, geb. 2. 8. 81 zu Marienwerder.

152286 Simon, Alfred, Tischler, geb. 5. 5. 87 zu Kratenleide. 159072 Scheuer, Paul, Tischler, geb. 23. 7. 01 zu Hoherswerda. 511628 Wenz, Kar., Tischler, geb. 18. 10. 84 zu Gießen.

Berlin C., Neue Friedrichstraße 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Altenstein. Die hiesige Lohnbewegung bereitet den Christen nach nachträglich viel Schmerzen; ihr Verbandsorgan widmet Altenstein allein in seiner Nr. 27 wieder drei Spalten. Doch auch damit können sie die Tatsache nicht aus der Welt reden, daß ihr Gauleiter Schopohl mit der Firma Erlowali einen Vertrag hinter dem Rücken der anderen Organisationsvertreter abgeschlossen hat. Welch

edle Seele dieser Schopohl ist, verrät er selbst, indem er (nach dem christlichen „Holzarbeiter“) diesem Unternehmer erklärte: „Wenn die anderen Verbände mit seinem Vertragsabschluss nicht zufrieden seien, möchten diese sehr mal streifen.“ Das nennen die Christen dann Solidarität im Lohnkampf! Unserem Kollegen Sieffeld wird der Vorwurf gemacht, daß er die Arbeitsniederlegung bei O. vorher dadurch verzögert habe, daß er die Zuziehung des Hirsch-Dunderschen Vertreters Kroszowski verlangte. Das war aber doch nur Torheit, nachdem er inzwischen erfahren hatte, daß die Hälfte der Beschäftigten dem Gewerbeverein angehört. Wir sollen den Ort während des Streiks nicht gesperrt haben, dabei ist bereits in der nach der Arbeitsniederlegung nächstfolgenden Nr. 22 der „Holzarbeiterzeitung“ über die Lohnbewegung berichtet, auch sofort in der „Königsberger Volkszeitung“ vor Zugzug gewarnt worden. Zu der öffentlichen Versammlung waren alle Holzarbeiter, ohne Unterschied der Organisation, eingeladen worden. Dafür, daß Schopohl nicht den Mut zur Verteidigung fand, malträtiert er jetzt die Wahrheit.

Braunschweig. (Modeltschler.) In der ziemlich gut besuchten Versammlung vom 11. Juli wurde lebhaft über die Lage darüber geführt, daß zureisende Kollegen, trotzdem ihnen vom Bureau keine Arbeit nachgewiesen werden konnte, durch Umschauen versuchen, in irgendeinen Betrieb hineinzuschlüpfen. Dieses Verhalten kann nicht genug geißelt werden, da es eine Schädigung der arbeitslosen Kollegen am Orte bedeutet. Gleichfalls zu verurteilen ist es, wenn sich Kollegen, welche beschäftigt sind, hier zu kommen, brieflich mit den Firmen in Verbindung setzen, ohne sich vorher Auskunft bei unserer Sektionsleitung (Adresse: Willi Bohn, Juliusstr. 31 E p.) oder beim Geschäftsführer hiesiger Zahlstelle: Werber 32,11 geholt zu haben. In letzter Zeit wird von verschiedenen Firmen versucht, auswärtige Kollegen nach hier zu ziehen, trotzdem hier am Orte tüchtige Kräfte auf Einstellung warten, und man diese selber angeblich wegen Platzmangels auf spätere Zeit vertröstelet hat.

Darmstadt. Die Erscheinungen, die in anderen Zahlstellen nach beendeter Lohnbewegung auftreten, zeigen sich nun auch in Darmstadt. Auf der einen Seite eine Anzahl auswärtiger Kollegen, die sich unter Umgehung des Arbeitsnachweises teils persönlich an verschiedene Arbeitgeber wenden oder auf die auswärtigen Inserate bezüglich Arbeitskräfte hierher kommen, auf der anderen Seite die einsehende Lässigkeit der hiesigen Kollegen. Der letzte Vorwurf trifft in erster Linie die Kollegen des Alterschen Betriebes, die nunmehr glauben, auf der Wärensaut schlafen zu können, obwohl gerade sie alle Veranlassung hätten, fleißige Versammlungsbesucher zu sein. Wohl mehr denn in jeder anderen Stadt machen sich in der industriearmen Beamtenstadt Darmstadt die Folgen der Bauarbeiterausperrung in unserem Verufe bemerkbar und ist zurzeit der Geschäftsgang ein sehr schleppender. So müssen schon seit Wochen bei Alter abwechselnd immer circa 20 Kollegen aussetzen. Eine hervorragende Auslegung des Tarifvertrages macht sich Kommerzienrat Glücker zu eigen. Neueintretenden Kollegen gegenüber glaubt er den Minimallohn zum Platzlohn stempeln zu können. Ja, man mutet diesen Kollegen noch zu, unter dem Minimallohn zu arbeiten. Sollte der bisher vergebliche Versuch, eine Schlichtungskommission einzusetzen, abhalten zu können, sich durch den Widerstand Glückerts nicht verwirklichen lassen, ernötigt sich ein Eingreifen der beiderseitigen Zentralvorstände. Noch nie hat sich seit Jahren die Arbeitslosigkeit so bemerkbar gemacht wie jetzt. Möchten daher unsere auswärtigen Kollegen den Versuch einzelner Firmen, insbesondere der Firma Ehrhardt u. Söhne, auswärtige Arbeitskräfte heranzuloden, um einen Druck auf die Löhne auszuüben, keine Folge geben, da eine größere Anzahl guter Arbeitskräfte am Orte selbst den Unternehmern zur Verfügung stehen.

Düsseldorf. (Vergolder.) In der Versammlung vom 4. Juni wurde zu den Kölner Anträgen Stellung genommen, welche zur etwaigen Vergolderkonferenz vorgelegt sind. Die Aussprache ergab die Zustimmung zu diesen Vorschlägen, nur wünschen die Kollegen außerdem die Frage der Akkordarbeit zu besprechen. In hygienischer Beziehung wird leider von den hiesigen Kollegen viel geäußert, indem vielen der Weg zu weit ist, in den sogenannten Giftbuden die trockene Bronzearbeit zu verrichten. Die Folge ist, daß die Kollegen, die Reiten polieren, den Bronzetaub in hollen Zügen einatmen müssen. Das ist aber für die Gesundheit besonders schädlich. Da die Konjunktur jetzt besser zu werden scheint, müssen die Kollegen mehr auf dem Reiten sein als sonst. Die nächste Versammlung findet am 8. August im Volkshaus statt. Da in dieser Stellung genommen wird zur Lage der hiesigen Vergolder, müssen alle Kollegen zur Stelle sein.

Eisleben. Nach dem Streit bei der Firma Emil Berger im Jahre 1905, der durch die große Zahl der Streikbrecher verloren ging, worauf die verheirateten Kollegen die alte Lutherstadt verlassen mußten, werden jetzt in diesem Betrieb Löhne von 5—18 Mk. pro Woche gezahlt. Unter solchen traurigen Verhältnissen denkt kein organisierter Kollege daran, dort anzufangen. Nun aber ging im vorigen Jahre auch bei der Firma Ochler ein Streit durch die Streikbrecher verloren. Obgleich unsere Kollegen hier schon wieder Eingang gefunden haben, kommen da bei einer Arbeitszeit von 60 Stunden die Woche Löhne von 9, 10 und 12 Mk. heraus. Nun gab es aber hier noch einige Werkstätten, wo die Kollegen die Woche bis zu 21 Mk. verdienten, aber durch die mifflischen Verhältnisse in den beiden vorgenannten Betrieben sah sich Herr Tischlermeister Lengner veranlaßt, jetzt Abzüge von 10—30 Proz. auf einzelne Stücke vorzunehmen. Im benachbarten Orte Gelbra ist das Wohlfühlpflichte Waagegeschäft ein förmlicher Taubenschlag, der eine kommt, der andere geht. Bei einer Arbeitszeit von 66 Stunden, manche Wochen auch 70 Stunden, werden Löhne von 28 bis 36 Pf. die Stunde gezahlt. 36 Pf. bekommen aber nur 6 bis 8 von 36 beschäftigten Kollegen. Nun ist es jetzt uns endlich gelungen, auch diese Kollegen zu organisieren. Wenn sich alle Kollegen am Orte an der Verbandsarbeit und an den Versammlungen beteiligen möchten, könnten auch die hiesigen traurigen Arbeitsverhältnisse bald gebessert werden.

Frankfurt a. M. (Bürstenmacher.) Am 26. Juni fand eine gutbesuchte Sektionsversammlung statt. Beschlossen wurde, die Sektionsleitung aus Kollegen von Frankfurt und Offenbach zusammenzusetzen. Im weiteren wurden noch die Lohn- und Akkordverhältnisse der verschiedenen Werkstätten besprochen, welche als sehr verbesserungsbedürftig erschienen. Auch die Behandlung von Seiten der Arbeitgeber läßt viel zu wünschen übrig. Schuld daran ist vielleicht, daß Frankfurt zu sehr überlaufen wird. Wir richten deshalb die Bitte an alle auswärtigen Kollegen, bei Arbeitsangebot sich erst an die hiesige Zahlstelle zu wenden.

Frankfurt a. O. Wie uns aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands mitgeteilt wird, sucht die Firma Manz u. Gerstenberger durch die Herbergen zur Heimat Holzarbeiter aller Branchen auf gut lohnende Beschäftigung. Da aber in diesem Betriebe die Teilarbeit bis ins kleinste durchgeführt ist, können nur die eingearbeiteten Leute auf einen einigermaßen angängigen Verdienst kommen. Wie stark infolge dessen der Arbeiterwechsel ist, zeigt der Umstand, daß W. u. G. bereits gedruckte Zirkulare zu diesen Arbeitersuchen verwenden.

Freiburg i. Br. Wir leben hier bereits seit dem 1. März in einer tariflosen Zeit, weil der Geschäftsführer der Holzindustriellen in Mannheim, Dr. Reiner, sich in den Kopf gesetzt hat, im Jahre 1912 einen allgemeinen Kampf nach dem Beispiel der Bauarbeiterausperrung durchzuführen. Diesem Herren haben sich nun unsere Arbeitgeber mit Haut und Haaren verschrieben. Doch dessen Herrlichkeit beginnt zu verblassen. Seit fünf Wochen warten wir nun in dieser Sache auf Antwort von Mannheim. Inzwischen versuchen unsere Arbeitgeber, die Löhne zu drücken. Während nach dem alten Vertrag der Durchschnittslohn 48 Pf. betrug, bieten die Herren gegenwärtig 38 bis 44 Pf. Bei Arbeitswechsel wird 8 bis 10 Pf. unter dem Lohn der letzten Wude angeboten. Das muß den hiesigen Kollegen ein Anlaß sein, in dieser kritischen Zeit die Versammlungen noch reger als sonst zu besuchen. Dem Ansinnen der Meister, Überstunden zu leisten, sollte entgegengetreten werden, bis wieder vertragliche Arbeitsverhältnisse existieren. Wenn die Meister nicht bald Anstalten zur Regelung der Tariffrage machen, werden wir etwas nachhelfen müssen. Dazu aber ist es nötig, daß die fremden Kollegen den Ort nicht überlaufen.

Gnesen. Hier wird immer noch das vom christlichen Bezirksleiter Schopohl in die Welt gesetzte Lippenmärchen kolportiert, daß unser Kollege Matuzewski in Posen sich anlässlich der Lohnbewegung im Frühjahr bereit erklärt hätte, Arbeitswillige zu liefern. Wir haben dies zwar bereits in Nr. 12 und 21 dieser Zeitung berichtet. Um aber einer weiteren Verbreitung dieser Verleumdung den Boden zu entziehen, geben wir nachstehend die schriftliche Erklärung des Obermeisters Patrzewski vom 6. März 1910 wieder, die da lautet: „Ich beschneige hiermit, daß ich von Herrn Matuzewski aus Posen keinen Brief, auch nicht mündlich eine Erklärung, erhalten habe, daß er uns Leute aus dem Holzarbeiterverband abgibt.“ Dieses Schreiben ist derzeit auch einer gemeinsamen Versammlung unseres und des christlichen Verbandes vorgelegt worden. Die Christen ihrerseits verstehen sich dagegen ganz gut darauf, den Meistern Arbeitswillige zu besorgen. Als in diesem Jahre unsere Kollegen in Ostrowo in den Zustand treten mußten, blieben die drei dort vorübergehend beschäftigten Gnesener Christen stehen. Die christliche Leitung bemühte sich sogar, noch mehr ihrer Mitglieder von Gnesen dorthin zu schaffen, nur um unsere Kollegen dauernd aus den Arbeitsstellen zu bringen. Wenn ihnen das nicht gelang, so lag das wirklich nicht an ihrem guten Willen. Solche Leute suchen nun ihre eigene Scham zu verdecken, indem sie uns dreist verleumdend. Es ist begreiflich, daß die anständigen Mitglieder des christlichen Verbandes solches hinterhältige Benehmen nicht billigen und es einzelne deshalb vorgehen, dort auszutreten. An unseren Kollegen liegt es nun aber, durch eifrige Mitarbeit zur Stärkung unseres Verbandes beizutragen, um wirkliche Verbesserungen zu erzielen. Dazu kann aber nur ein geschlossenes Vorgehen der Arbeiterschaft dienen.

Landsberg a. Lech. Wir haben Ursache, über den schwachen Besuch der Versammlungen zu klagen. Dabei sind die Verhältnisse hier keineswegs rosig, zumal die Christlichen sich allmählich einmisten, welche es mit der Tariffrage wenig ernst nehmen. Kommt es doch vor, daß solche Kollegen unter dem festgesetzten Stundenlohn von 32 bzw. 38 Pf., ja sogar in Post und Logis arbeiten, was vordem nicht der Fall war. Unsere Kollegen haben ihren gewerkschaftlichen Pflichten nicht genüge getan, wenn sie nur die Beiträge entrichten und im übrigen die Dinge ihren Lauf lassen, damit erreichen wir nichts. Wir müssen die Versammlungen regelmäßig besuchen. Nur das Zusammenwirken aller Kräfte ermöglicht es, die Versammlungen so zu gestalten, daß sie auch wirklich nutzbringend sind. Kommendes Frühjahr läuft der Tarif ab, und eine Versammlung finden jeden zweiten Sonntag, vormittags 10 Uhr, im Lokal „Zur Glocke“ statt.

Leipzig. Die Mitgliederversammlung vom 5. Juli stimmte nach Erstattung des Berichtes vom Verbandsstage den Beschlüssen desselben einmütig zu. Ohne Debatte wurde beschlossen, der Resolution betreffs höherer Beiträge der Großstädte dadurch zu entsprechen, daß künftig von jedem Beitrag 60 Pf. von II an die Hauptklasse abgezogen wird.

Lübbenau. Wir haben kürzlich mit der Firma Wunderlich einen Tarifvertrag abgeschlossen, der aber die Wünsche der Kollegen bei weitem nicht befriedigte. Es liegt hier alles so im argen, daß es sich nicht auf einen Sprung ausgleichen läßt. Immerhin ist es aber der erste Schritt zur Besserung, und bis zum Ablauf des Vertrages wird wohl auch die Mehrzahl der hier beschäftigten Holzarbeiter organisiert sein. Der Werkführer obiger Firma, der als gelernter Drechsler auch den Tischlern die Preise macht, hat sich schon wiederholt an Arbeitern fälschlich vergreifen. Die Fabrikleitung wundert sich nun, daß die Leute nicht aushalten, denn der Arbeitermangel ist chronisch. Sie behauptet, daß hier bessere Stücklöhne gezahlt würden, als z. B. in Finsterwalde. Das mag an sich richtig sein; aber

dort gibt es saubere Maschinenarbeit und hier miserable. Um ein Stück Möbel so herzustellen, wie es verlangt wird, muß hier ein Arbeiter doppelt soviel Zeit aufwenden als dort. Die Hobelmaschinen verdienen ihren Namen schon seit Jahren nicht mehr, von den Fräse- und anderen Maschinen ganz zu schweigen. Die Maschinen werden von ungelerten Arbeitern bedient, die keinen Fräskopf zu schärfen oder sonst eine Maschine sachgemäß zu behandeln verstehen, und da wird nun aus den Arbeitern herausgepreßt, was die mangelhafte technische Einrichtung nicht leisten kann. Was an Ware schon geliefert ist und aus irgendwelchen Gründen nicht sofort weggeht oder gar vom Kunden wieder kommt, zerkratzt, grau und unansehnlich ist, wird vom betreffenden Arbeiter unentgeltlich wiederhergestellt verlangt. Es wird nur im Afford gearbeitet. Die schlechtesten Arbeiter kommen auf einen Durchschnittsverdienst von etwa 21 M. Hier haben viele ein Stück Land gepachtet, oder müssen Sonntags Touristen in den Spreewald fahren, um nur einigermäßen durchkommen zu können. Dabei sind Wohnungsmieten und Lebensunterhalt teuer.

München. Die Generalversammlung vom 18. Juli beschloß einstimmig von jedem Beitrag 60 Pf. voll an die Hauptkasse abzuführen. Dieser Beschluß soll bereits für das begonnene dritte Quartal Geltung haben.

(Wagner). Die Koffwagenfabrik Hummüller sucht auswärts stets tüchtige Kastenmacher bei hohem Lohn, auch inseriert dieselbe im „Arbeitsmarkt“. Bitter enttäuscht waren schon einige Kollegen, als sie von Norddeutschland hierherkamen und ihnen statt des hohen Lohnes der Mindestlohn für Kastenmacher von 40 Pf. angetragen wurde, für die teure Stadt gewiß nicht viel. Obendrein wird noch jeder gefragt, ob er organisiert ist. Die Organisation scheint der Firma ein Dorn im Auge zu sein. Das Verhalten der Firma scheint dahin zu gehen, möglichst fremde Kräfte zu bekommen, um die schon längst geplante Affordarbeit leichter einführen zu können. Wurde den Kollegen der Afford doch schon einmal angetragen, obgleich der abgeschlossene Tarifvertrag solche nicht zuläßt. Afford ist in München nicht angebracht, da zum größten Teil nur Kundschaffarbeit in Betracht kommt und daher bereits jeder Kasten nach einer anderen Zeichnung angefertigt wird. Auch die Firma Gebr. Weißbarth, Karosseriefabrik, sucht fortwährend tüchtige Kastenmacher, bezahlt aber nie den Mindestlohn, welcher dort für Kastenmacher 61 Pf. beträgt, so daß sich die Kollegen ihr Recht gewöhnlich am Gewerbegericht suchen müssen. Meistens aber müssen sie dann auch die Stadt wieder verlassen, da bei den Kastenmachern kein großer Wechsel ist, weil nur fünf kleine Fabriken am Orte sind. Wir ersuchen die Kollegen dringend, bevor sie nach München gehen, sich durch unseren Arbeitsnachweis, Restaurant Königsbauer, Müllerstr. 28, zu erkundigen. Arbeitsvermittlung findet dort statt an Wochentagen von 7-8 Uhr abends, Sonntag von 12 bis 1 Uhr mittags. Das Schreiben an die Firmen sollte unterlassen werden, schriftliche Auskunft gibt auf Erfordern unser Arbeitsnachweis.

(Bürstenmacher). Am 23. Juni er. fand hier eine öffentliche Versammlung statt, die sich eines sehr guten Besuches erfreute. Die Kollegen Schmalbach-Berlin, Wallauer-Mürnberg und Mastrowitz-Schönheide gaben eingehende Berichte über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in ihren Bezirken. Aus allen Berichten klug heraus, daß überall dort die Arbeitsverhältnisse am ungünstigsten sind, wo die Kollegen den Weg zur Organisation noch nicht gefunden haben. So gibt es selbst im Gau Berlin Orte, wo Männer 0-12 M., Frauen bei elfstündiger Schicht 6-8 Mark pro Woche verdienen. In einem Orte wird für Einzigen von Wurzeln 30 Pf., für Koffhaar und Borsten 35 Pfennig pro 1000 Loth gezahlt. Wenig anders erscheinen die Verhältnisse im Bezirk Nürnberg, wo die Löhne männlicher Arbeiter zwischen 14 und 18 M. schwanken. In Schönheide ist die junge Organisation durch den Druck der Fabrikanten auf die gewerkschaftlich noch ungeschulten Arbeiter bedeutend zurückgegangen, so daß es den Fabrikanten ein Leichtes war, die durch den Streit von 1907 gesteigerten Löhne wieder herabzudrücken. Besonders schädlich wirkt der neuerlandene gelbe Verein, dem viele Arbeiter zwangsweise angehören. Die Aussprache in der Versammlung zeigte, daß die eifrige Agitation in jenen Bezirken auch im Interesse der bessergestellten Orte absolut unentbehrlich ist. Aber auch hier bei uns gibt es solcher Arbeit noch in Hülle und Fülle.

Mitba. In der am 16. Juli abgehaltenen Mitglieder-versammlung referierte Kollege Paul Starke-Dresden über: „Die Bedeutung der Gewerbegerichte“. Leider war es aber nicht möglich, diesen wichtigen Vortrag sämtlichen Mitgliedern zu Gehör zu bringen, denn nur 16 von 78 Organisierten haben es für nötig gehalten, der Versammlung beizuwohnen. Nach sind hier die Verhältnisse aber keine solchen. Wenn die Organisierten es nicht für nötig halten, hinzugehen, wie sollen dann die Unorganisierten denken. In Maudsch belreibt ein lediger Kollege bei der Firma Anton Ulrich als Stuhlpolierer eine besondere Würdigung. Während seine Nebenkollegen den Betrieb um 6 Uhr verlassen, ist bei ihm 7 Uhr und später keine Seltenheit. Durch diese Schusterei kommt es auch öfters vor, daß für einen oder den anderen Kollegen keine Arbeit mehr vorhanden ist und er den Lauspaß bekommen kann. Mit solcher Verlängerung der Arbeitszeit schädigt der Kollege aber seine Mitarbeiter und auch seine eigene Gesundheit. Noch ist hier ein großes Feld zu bearbeiten. Ein jeder beteilige sich an der Agitation, dann ist es auch möglich, für uns bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Deinhausen. Unter den hiesigen Kollegen herrscht wieder einmal große Interesslosigkeit. Anstatt, daß die alten Kollegen den Jungen mit gutem Beispiel vorangehen, schieben diese nur das große Wort, nörgeln über alles, schimpfen auf die Lokalverwaltung; glauben, sie hätten es nicht mehr notwendig, die Versammlungen zu besuchen, aber einen Posten anzunehmen. Dann möchten wir die hiesigen Kollegen bitten, die Betriebe nicht so mit Arbeitsangeboten zu überlaufen, sondern bei der Lokalverwaltung anzufragen; die fremden Kollegen tun dies erfreulicherweise bereits. Verheiratete Kollegen müssen nach auswärtig ziehen oder ungewohnte Arbeit verrichten; die ledigen Kol-

legen können es aber nicht fertigbringen, in die Fremde zu gehen, sondern laufen von Betrieb zu Betrieb. Daß dies nicht zum Vorteil ist für die in Arbeit stehenden Kollegen, wird jedem einleuchten. Am 6. August gibt der Kollege Schred den Bericht vom Verbandstag; hoffentlich sind dann die Kollegen zahlreich vertreten.

Mürnberg (Rohmacher). Troßdem im Betrieb von Franke eine Einigung über den Preistarif erzielt wurde, ist die Lage der Arbeiter dort keine glänzende, da zurzeit runde Geschloßkörbe angefertigt werden. Das beste Material wurde uns zugesichert, jedoch erhielten wir minderwertiges Holz zur Verarbeitung, wobei der beste Arbeiter nicht einmal auf einen anständigen Stundenlohn kommen kann. Zugleich machen wir die Kollegen aufmerksam, daß bei Franke in Nürnberg und Kugler in Ingolstadt die genannten Geschloßkörbe ebenfalls angefertigt werden und bei letzterem das gleiche Material zur Verfügung steht wie hier. Bei der Firma Ulrich u. Hoff stehen die Kollegen noch im Streit, bei Welle sind noch Unterhandlungen im Gange, so daß hier gegenwärtig wenig zu holen ist.

Posen. Unter der Massenklündigung der Verträge, die am 6. November vorigen Jahres seitens des Arbeitgeber-Schutzverbandes vorgenommen wurde, befand sich u. a. auch Posen. In allen anderen Vertragorten sind in verhältnismäßig kurzer Zeitdauer annehmbare Arbeitsverträge abgeschlossen worden und es wird bereits seit Monaten nach den aufgebesserten Bedingungen gearbeitet. Nur die Posener Kollegen hätten von der in diesem Jahre eingetretenen guten Konjunktur bisher keinen Vorteil, da die Arbeitgeber an den zentralen Verhandlungen, trotz zweimaliger Aufforderung, nicht teilnahmen. Der Vertrag, der endlich durch das persönliche Eingreifen der Zentralvorstände zustande kam, bringt den Möbeltischlern die Verkürzung der Arbeitszeit von 58 auf 56 Stunden und eine Steigerung des Stundenlohnes um 5 Pf. Von den 180 Positionen tariflich vorgesehener Arbeiten sind 78 Positionen sofort um durchschnittlich 5 Proz. erhöht worden, vom 1. Oktober d. J. ab erfolgt weitere fünfprozentige Erhöhung auf sämtliche Tarifpreise. Ist der so mühsam ohne Streit errungene Erfolg nicht zur Zufriedenheit aller Kollegen ausgefallen, so müssen wir sagen, daß in Anbetracht der örtlichen Organisationsverhältnisse auch durch Streit kaum mehr erreicht worden wäre. Es empfiehlt sich deshalb den Kollegen, mit dem Erreichten zufrieden zu sein, und mit allen Kräften daran zu gehen das Erreichte in allen Betrieben durchzuführen. In dieser Hinsicht wird noch viel gesündigt. Es ist schon deshalb notwendig, daß die Kollegen ganz energisch für die Durchführung des neuen Vertrages eintreten, da die unorganisierten Arbeitgeber jetzt schon drohen, den neuen Tarif nicht anerkennen zu wollen. Darum, Kollegen, mit vereinten Kräften an die vollständige Durchführung des neuen Vertrages. Sorgen wir auch dafür, daß wir einen ständigen Stamm von Mitgliedern erhalten und nicht erst der Weg zur Organisation gefunden wird, wenn eine Lohnbewegung bevorsteht, um dann nach deren Erledigung dem Verband wieder den Rücken kehren, wie dies leider noch in Posen üblich ist.

Unsere Lohnbewegung.

Auf den Seeschiffswerken bereitet sich eine größere Lohnbewegung vor. Die Arbeiter auf den Werften haben es mit einem besonders hartnäckigen Unternehmertum zu tun. Die Werftbesitzer sind im „Verein der Seeschiffswerken“ organisiert, welcher dem Verband der Metallindustriellen korporativ angeschlossen ist. Die wiederholten Aussperrungen auf den Werften in den letzten Jahren, die durchgehends aus nichtigen Ursachen erfolgten, sind Beweis genug, daß den Werftbesitzern jedes Mittel recht ist, wenn es gilt, ihren Herrenstandpunkt zu wahren. Schon vor zwei Jahren haben die für die Werften in Betracht kommenden Gewerkschaften die „Zentralwerftkommission“ eingesetzt, um eine größere Einheitslichkeit unter den Arbeitern zu schaffen und ein gemeinsames Vorgehen vorzubereiten. In dieser Zentralwerftkommission, die in ständiger Fühlung mit den beteiligten Zentralvorständen steht, sind vertreten die Verbände der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Schmiede, Kupferschmiede, Schiffszimmerer, Seizer und Maschineniker, Maser und Fabrikarbeiter. Am 10. Juli fand nun in Danzig eine Konferenz der Werftarbeiter statt, um zu der Lohnbewegung Stellung zu nehmen. An der Konferenz nahmen Vertreter sämtlicher in Betracht kommenden Verbände aus den nachgenannten Werkorten teil: Bremen, Bremerhaven, Flensburg, Hamburg, Kiel, Lübeck, Moskau, Stettin, Weser und Emswarden. Gegenstand der Beratung war eine von der Zentralwerftkommission in Gemeinschaft mit den Zentralvorständen ausgearbeitete Vorlage zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der auf den Seeschiffswerken beschäftigten Arbeiter. Diese Vorlage zerfällt in drei Abschnitte, nämlich in Vorschläge zur Verhandlung auf zentraler, auf lokaler und auf beruflicher Grundlage. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 53 Stunden pro Woche, 10 Proz. Lohnerhöhung und Regelung der Affordarbeit. Die Konferenz verständigte sich über den Wortlaut der Vorlage und beschloß, diese in dem vereinbarten Wortlaut sofort dem Verein der Seeschiffswerken zu überreichen. Wie sich die Werftbesitzer dazu stellen werden, bleibt zunächst abzuwarten. Die Möglichkeit, daß es zu einem Kampfe kommt, an welchem dann rund 30 000 Arbeiter beteiligt wären, ist nicht von der Hand zu weisen.

In Ammendorf b. Halle a. S. in der Waggonfabrik von Gottfr. Lindner dauert der Streit der Tischler und die Aussperrung der übrigen Berufe ununterbrochen fort. Die Firma hat einen gewerkschaftlichen Streikbrecheragenten, wie verlautet, von der Firma Auguste Müller in Wandersbel engagiert, der vergangene Woche mit einer Sprengkolonne hier ankam, die aus allen möglichen Berufen zusammengesetzt ist. Diese Elemente sind sich ihrer Streikbrecherwürde voll und ganz bewußt. In fortgesetzter Weise eckeln sie die Passanten an und versuchen die Streitenden auf alle möglichen Arten zu provozieren. Die Selben sind mit Gummischläuchen und Revolvern ausgerüstet; am

Mittwochabend feuerten sie einige Schüsse auf die Streitenden ab. Daß sich die Behörden dieser internationalen Elemente und der Firma Lindner liebevoll annehmen, versteht sich nach den bisher gemachten Erfahrungen von selbst. Gendarmen und Polizisten müssen den Betrieb bewachen und die Streikposten von der vollständig leeren Landstraße wegweisen. Die Streikbrecher wurden bei ihrer Ankunft über den Bahnhöfen entlang zur Fabrik hineingeführt. Für andere Streikliche ist das Betreten des Bahnhöfers bei Strafe verboten. Für diese Streikbrechergesellschaft bestehen derartige Verbote nicht. Zugang von Tischlern, Stellmachern und Maschinenarbeitern ist auch ferner streng fernzuhalten. Auch bitten wir, auf Inserate in der bürgerlichen Presse achtzugeben, da die Firma ihren Agenten und die Werkmeister zur Anwerbung von Streikbrechern auf Reisen hat.

In Aurich wurden unsere Kollegen gleich zu Beginn der Differenzen im Baugewerbe in diese mit hineingezogen, da ein Auseinanderhalten der Tischler- und Zimmerarbeiten hier gar nicht möglich ist und unsere Kollegen den Vorwurf nicht auf sich nehmen durften, während der Aussperrung Zimmererarbeit gemacht zu haben. Kaum war jedoch der Schiedspruch gefällt, da wies auch schon der hier mit in Frage kommende Christliche Bauarbeiterverband ohne vorherige Verständigung mit den anderen Organisationen seine Mitglieder telegraphisch an, sofort die Arbeitsplätze einzunehmen. Bei der Wiedereinstellung unserer Kollegen harrte es, da nur ein Teil derselben eingestellt werden sollte. Erst dem Eingreifen des Bauvorsichters gelang es, die Sache beizulegen. Von Maßregelung ist keine Rede mehr, sämtliche Kollegen werden wieder eingestellt und außerdem erhalten unsere Kollegen einen Spezialvertrag, der 5 Pf. Lohnerhöhung vorstellt. Bisher lehnten die Arbeitgeber ein Vertragsverhältnis mit unseren Kollegen ab, um die Arbeiter desto besser gegeneinander auszuspielen zu können. Das hat nun sein Ende gefunden, was neben den materiellen Verbesserungen ein wesentlicher Fortschritt ist.

In Bärenstein bei Glashütte i. S. sind die Sägewerksarbeiter der Firma M. Leinbrock in eine Lohnbewegung eingetreten. Es sind zwar Verhandlungen zugesagt, doch billen wir ohne Zustimmung der Verwaltung Arbeit nach Bärenstein nicht anzunehmen.

In Bayreuth sind die Schreiner in den Streit getreten. Zugang ist zu vermeiden.

In Greiz haben die Kollegen einstimmig beschlossen, folgende Forderungen sofort einzureichen: Verkürzung der Arbeitszeit auf 56 Stunden, Mindestlohn für Tischler, Drechsler, Bohlerer und Maschinenarbeiter 40 Pf., unter 20 Jahre 35 Pf., 5 Pf. Lohnerhöhung auf bestehende Stundenlöhne und Ausgleich auf Affordarbeiten 15 Proz. Zuschlag.

In Lössen hatten die Kollegen ihre Klündigung eingereicht, weil die Meister kein Entgegenkommen zeigten. Jetzt haben die Meister das Gerücht verbreitet, der Streit sei nicht ordnungsgemäß beim Vorstand angemeldet und werde darum auch keine Unterstützung gezahlt. Der Zweck dieses Manövers ist zu durchsichtig, um nicht auch von jedem Kollegen erkannt zu werden. Ebenfalls wird die bereits erfolgte Entlassung einiger Kollegen den Meistern helfen und eine Einschüchterung der übrigen Kollegen bewirken. Vielmehr werden diese auch weiter einmütig zusammenstehen. Der Unterstützung des Verbandes sind sie dabei sicher. Ehrensache der auswärtigen Kollegen ist es, den Zugang nach Lössen fernzuhalten.

In Leer (Ostf.) stehen die Bantischler in einer Lohnbewegung. Der Lohn derselben betrug, soweit Werkstattarbeiten in Frage kommen, 1 oder 2 Pf. weniger als der der Zimmerer. Nach Beendigung der Bauarbeiterbewegung, die eine Steigerung des Lohnes der Zimmerer von 40 auf 47 Pf. innerhalb der dreijährigen Vertragsdauer bringt, ist auch für uns der Zeitpunkt gekommen, ein ernstliches Wort mit den Arbeitgebern zu reden. Am 2. Juli unterbreiteten wir denselben unsere Forderungen, die bezüglich des Lohnes völlige Gleichstellung mit den Zimmerern vorsehen. Eine Antwort ist bis zum angelegten Termin (12. Juli) nicht eingegangen, worauf eine persönliche Rücksprache des Bauvorsichters mit dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes erfolgte, wobei eine alsbaldige Verhandlung wie auch Berücksichtigung unserer Forderungen zugesagt wurde. Jedenfalls aber ist vorläufig die Fernhaltung des Zuganges nötig.

In Marbach a. Neckar sind die Arbeiter der Stuhl-fabrik Volk u. Fischer und der Möbelfabrik Albrecht u. Mammere und Gottlieb Stähler Söhne an ihre Arbeitgeber mit den gleichen Forderungen (stündige Arbeitszeit - bisher 9 1/2 - und Lohnerhöhung) wie die Kollegen im benachbarten Steinheim herangetreten. Die Verhandlungen haben bisher zu einem Ergebnis noch nicht geführt.

In Norden haben unsere Kollegen bei der diesjährigen Bauarbeiterbewegung die Spitze von 1908 wieder aus-gewetzt. Da in dieser ostfriesischen Gde die Arbeitsweise der Tischler und Zimmerer so sehr ineinander greift, daß eine Trennung gar nicht durchführbar ist, müssen auch die Vertreterungen auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen von beiden Branchen zugleich und auch nach einheitlichen Gesichtspunkten geleitet werden. Als daher die Zimmerer in diesem Frühjahr ausgesperrt wurden, machten unsere Kollegen mit ihnen gemeinsame Sache und stellten ebenfalls die Arbeit ein. Nach Fällung des Schiedspruchs für das Baugewerbe einigten sich unsere Kollegen dahin, die Arbeit gemeinsam mit den Zimmerern aufzunehmen, jedoch ihre speziellen Forderungen für die später eintreffenden örtlichen Verhandlungen hochzubalten. Diese Verhandlungen haben nun das Ergebnis gezeitigt, daß der Lohn für Bantischler und Zimmerer nicht um 5 Pf., wie es der Schiedspruch besagt, sondern um 7 Pf. innerhalb der dreijährigen Vertragsdauer erhöht wird. Der Mustervertrag des Baugewerbes ist seitens unserer Organisation zwar nicht anerkannt, jedoch gemäß den hauptsächlichsten Bestimmungen desselben ein Ortsvertrag zwischen unserer Zahlstelle und dem Arbeitgeberverband vereinbart.

In Oberhau erreichen die Bau- und Möbeltischler auf dem Verhandlungswege einen schönen Erfolg. Die Stundenlöhne wurden sofort um 4 Pf. erhöht, ebenso dementsprechend die Affordpreise unter Garantie des Lohnes. Der Normallohn wurde auf 42 Pf. festgesetzt. Die Ver-

Arbeitszeit bleibt bei der Firma O. Weinhold auf 57 Stunden bestehen, dagegen wurde dieselbe in den anderen Betrieben auf 58 1/2 und ab 1. April 1911 auf 57 Stunden herabgesetzt unter weiterer Erhöhung der Stundenlöhne um 1 Pf. Hierdurch wurde ermöglicht, in den beteiligten Fischereibetrieben endlich einheitliche Arbeitsbedingungen zu vereinbaren. — Einen beachtenswerten Erfolg erzielten auch die organisierten Kollegen in der Holzwarenfabrik von E. Göhler. Die Kollegen erreichten eine durchschnittliche Erhöhung ihres Wochenverdienstes um 2,20 Mk. und eine Erhöhung der Akkordpreise um 10 Proz. Da in Oberhau und Umgebung in den vorerwähnten vielen Holzwarenfabriken fast ausnahmslos noch die 63—68stündige Arbeitszeit besteht und die Löhne ganz miserabel sind, so dürften diese Erfolge hoffentlich den Vorteil der Organisation auch den Unorganisierten erkennen zu lassen. Die organisatorischen Fortschritte der letzten Zeit berechtigen zu den besten Hoffnungen.

In Onalendbrunn sind die Würstchenmacher in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Kollegen wünschen: Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden, Erhöhung der Akkord- und Tagelöhne um 10 Prozent, für Überstunden 10 Pf. Zuschlag, Bahntag am Freitag und Abzug der Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung bei jeder Lohnzahlung, statt bei jeder zweiten. Die Forderungen sind den Arbeitgebern bereits unterbreitet und ist Antwort bis 21. Juli erbeten worden.

In Niefern und Zellau a. b. E. sind die Schiffbauarbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten. Wir bitten alle Werftarbeiterkollegen, dies beachten zu wollen.

In Schwelmbach haben die Bau- und Wäbeltischler Forderungen eingereicht. Verlangt wird die Verkürzung der Arbeitszeit von 57 auf 55 Stunden, Lohnerhöhung um 1 Pf. pro Stunde und Regelung der Akkordarbeit durch Tarif mit dementsprechendem Zuschlag. Diese Forderungen verteilen sich auf eine vierjährige Vertragsdauer.

In Osterode in Ostpr. sind die Kollegen in eine Lohnbewegung eingetreten. Verlangt wird 60stündige Arbeitszeit, höher 66 resp. 63, Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde, verteilt auf drei Jahre, und Einführung eines Akkordtarifs. Wir bitten, den Zugang von Osterode fernzuhalten.

In Speyer dauert der Streik fort. Wir bitten, uns zu unterstützen, wenn an einem Orte der hiesige Unternehmer nicht Leute sucht.

In Steinheim a. b. Murr sucht die Stuhlfabrik Storz u. Palmer ihre im Auslande befindlichen Schreiner dadurch wiederzugewinnen, daß sie von diesen die Fertigung rückständiger Akkorde verlangt. Auch der Schulheiß des Ortes wirkt in diesem Sinne auf die Kollegen ein. Doch vergessen dabei Schulheiß wie Fabrikant, daß für die Kollegen eine Verpflichtung gar nicht besteht, da unsere Kollegen die allein vereinbarte Kündigungsfrist ordnungsgemäß eingehalten haben. Nun wird versucht, die Maschinenarbeiter an die Fabrikant zu stellen. Das werden diese Kollegen natürlich verweigern müssen. Die Maschinenarbeiter dürfen der Firma unter keinen Umständen Streikbrecherdienste leisten. Die Arbeiter werden ihre rückständigen Sessel fertigmachen und neue anfangen —, aber erst dann, wenn die bestehenden Differenzen aus der Welt geschafft sind.

In Stolp i. Pom. dauert der Streik der Tischler und die Streikbrechervermittlung der Leiter des Gewerkevereins fort, diese suchen auch in auswärtigen Zeitungen nach Streikbrechern. In Nr. 28 der „Globe“ wird in einem langen Artikel versucht, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen. So lügt man den Lesern vor, ich sei bereit gewesen, den Vertrag mit einem Mindestlohn von 27 Pf. steigend bis 30 Pf. abzuschließen. Dieser Vorschlag stellte ich folgenden Tatbestand entgegen: Am Abend des 29. Juni erklärten die Arbeitgeber uns, der Gewerkeverein sei mit 28 Pf., steigend bis 28 Pf. Mindestlohn zufrieden. Wir legten dieser Behauptung jedoch Zweifel entgegen und erklärten, an den geforderten Sätzen festhalten zu müssen. Man bot uns dann schließlich 27 Pf., steigend bis 30 Pf. Aber auch dieses Angebot lehnten wir als unannehmbar ab. Beim Auseinandergehen bat ich Herrn Friedrich, mir die Vereinbarung mit dem Gewerkeverein schriftlich am anderen Morgen zu geben, was mir auch versprochen wurde. Am 30. Juni kündigte mir Herr Friedrich ein Schriftstück aus, in dem allerdings nicht die Sätze angeführt waren, wie sie nach Behauptung der Meister mit den Forderungen getroffen waren, sondern die, welche man uns noch am 29. Juni zum Schluß angeboten hatte. Wir haben dann Herrn Friedrich gar nicht in Zweifel darüber gelassen, daß wir an unseren Forderungen festhielten, aber betont, daß wir weiter verhandeln würden. Ebenso verhält es sich mit meinem Schreiben, welches ich von München an Herrn Friedrich sandte. Die in Betracht kommende Stelle des Schreibens lautet: „daß bezüglich der Zusagen für Arbeitszeitverkürzung, Lohnausgleich und Lohnzulage wahrscheinlich eine Zustimmung der Gesellen erfolgen würde, vorausgesetzt, daß eine Einigung über die Frage des Mindestlohnes zu erzielen sei.“ Daß ich die Gelegenheit benutzte, in einer allgemeinen Versammlung der Schurkenstreich der Zeitung der Hirsch-Dunderschen Holzarbeiter niedriger zu hängen, zeigt gewiß davon, daß ich den Mut habe, diese Forderungen auch dort, wo es für mich körperlich gefährlich ist, zur Sprache zu bringen, während die Maulhelden des Gewerkevereins es vorziehen, sich möglichst zu bedecken. Ueber das Betragen der Hirsch-Dunderschen Versammlungsbefugter aber fällt der Hirsch-Dundersche Referent, Herr Rung aus Magdeburg, selber ein vernichtendes Urteil, indem er zur Geschäftsordnung erklärte, daß ihr Betragen mir gegenüber höchst unanständig sei. Der Zugang von Tischlergesellen ist noch weiterhin fernzuhalten.

Aug. Sidfeld.

In Stuttgart ist es mit den Bauschreinerbetrieben zum Abschluß eines neuen Vertrages gekommen. Dieser hat Gültigkeit bis 15. Februar 1914 und bringt eine sofortige Verkürzung der Arbeitszeit um wöchentlich eine Stunde. Ab 1. Mai 1913 wird die Arbeitszeit um drei Stunden pro Woche verkürzt, so daß diese dann statt jetzt 57 nur noch 53 Stunden beträgt. Der Minimallohn erfährt eine Steigerung von insgesamt 8 Pf. und erhöht sich sofort von 42 auf 48 Pf., am 1. Mai 1913 auf

50 Pf. Auf die seitherigen Löhne erfolgt ein sofortiger Zuschlag von 8 Pf., am 1. Mai 1912 ein solcher von 1 Pf. und am 1. Mai 1913 wieder ein solcher von 8 Pf.; insgesamt also eine Lohnerhöhung von 7 Pf. Außerdem weicht der Vertrag noch eine Reihe sonstiger Verbesserungen auf. Während der Verhandlungen hatte es des öfteren den Anschein, als ob eine Einigung auf friedlichem Wege ausgeschlossen wäre. Die Arbeitgeber rechneten damals noch mit einer Niederlage der ausgesprochenen Bauarbeiter und hatten die Absicht, auch die Bauschreiner in diesen Kampf zu verwickeln. Demzufolge machten sie in den ersten Verhandlungen überhaupt keine Zugeständnisse. An der 57stündigen Arbeitszeit sollte festgehalten werden, weil für Stuttgart ein Bedürfnis, die Arbeitszeit zu verkürzen, überhaupt nicht vorliegt und andererseits eine beträchtliche Verkürzung nur eine rein sozialdemokratische Forderung sei. Schließlich mußten aber die Herren Arbeitgeber doch einsehen, daß die Stuttgarter Bauschreiner gewillt waren, sich mit allen Mitteln bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. An den hiesigen Kollegen wird es nun liegen, das Erreichte festzuhalten. Eine ganze Anzahl hiesiger Bauschreiner steht noch der Organisation fern. Diese zu gewinnen, muß jetzt die Aufgabe jedes einzelnen Kollegen sein.

In Waldburg i. Schlef. macht unsere Lohnbewegung trotz der wüsten Scharfmacherei des Herrn Zimmereimermeisters Vogt weitere Fortschritte. In den 13 schon bewilligten Betrieben sind vergangene Woche weitere 4 mit 15 Beschäftigten hinzugekommen. Welche Sorgfalt Herr Tischlermeister Hoffmann für seine seit einer Woche im Streik befindlichen Gesellen an den Tag legt, davon gab ein Inserat in einer hiesigen Zeitung Kunde, laut welchem er für die Streikposten Schutzhütten gegen die rognersche Witterung zu kaufen suchte. Wieder Bürgerleute, die hierauf persönlich ihre Offerten abgaben, mußten jedoch erfahren, daß sie Herrn G. seine Ansprüche an eine solche Schutzhütte nicht befriedigen konnten, denn er verlangte dieselbe mindestens mit Sofa oder Divan. Wo mag's noch solche Unternehmer, wie Herr Hoffmann in Altwasser, geben?

Ausland.

In Hohenbach-Letzchen in Böhmen haben die Verhandlungen mit den Meistern zu einer Einigung nicht geführt. Der Streik dauert somit fort und wird um weitere Fernhaltung von Bezug ersucht.

Aus der Holzindustrie.

Gegenüber im Arbeitgeber-Schutzverband.

Am 15. und 16. August findet die Generalversammlung des Arbeitgeberschutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe in Eisenach statt, wo die Aussprache über die im Frühjahr abgeschlossenen Tarifverträge voraussichtlich zu lebhaften Auseinandersetzungen führen wird. Außer dem Punkt „Maifeier“, bei welcher die Herren sich vermutlich darauf beschränken werden, ihre alten Aussperungsbeschlüsse zu wiederholen, sind folgende wichtigeren Gegenstände auf die Tagesordnung gesetzt worden: „Unsere Tarifpolitik und die Wahl eines dauernden Tarifamtes“, und der Antrag des Vorstandes, den geschäftsführenden Vorstand von 5 auf 11 Mitglieder (5 Berliner und 6 auswärtige Mitglieder) zu ergänzen. Der letztgenannte Punkt steht mit dem vorhergenannten in Zusammenhang und soll nach einer bereits von uns registrierten Bekanntmachung des Schutzverbandes ein Mittel sein, den Hebereien gegen Berlin endlich den Boden zu entziehen und die Autorität des Vorstandes zu stärken.

Diese Hebereien haben den Leiter des Schutzverbandes auf das Höchste erbost. In einem „zur Generalversammlung“ überschriebenen Artikel in Nr. 28 der „Fachszeitung“, dessen Verfasser offenbar Herr Mahardt ist, macht dieser seinem Herzen kräftig Luft. Man merkt es ordentlich, daß der in Stettin gefasste Beschluß seines Vorstandes, der ihm das Schloß vom Munde nimmt, für ihn eine Art Erlösung bedeutet. Nun kann er sich einmal ordentlich den Zorn von der Leber wegdreden, und er befolgt das gründlich. Besonders nimmt er den gelehrten Dr. Reiner in Mänsheim aufs Korn, dessen schlaue Taktik er in hübscher Weise beleuchtet. Eigentlich tut es uns leid um dieses Genie. So wie Herr Mahardt über ihn urteilt, muß man fürchten, daß die Holzindustriellen und Tischlermeister alles Vertrauen zu ihm verlieren, während wir ihn doch recht ungern als Heerführer im Lager unserer Gegner wissen würden.

Die Rolle, die Herr Dr. Reiner unter gültiger Mitwirkung seines Direktors Hoffmann bei der Tarifbewegung im Frühjahr zu spielen beabsichtigte, ist unseren Kollegen bekannt. Dem Wilde, das wir auf diese Weise von dem südwestdeutschen Taktiker gewonnen haben, setzt Herr Mahardt noch einige Lichter auf. Nach dem Reiner-Hoffmann'schen Plane hätte im Frühjahr der Kampf auf der ganzen Linie entbrennen sollen mit dem Ziele, unsere Einwilligung dazu zu erlangen, daß nicht nur die abzuschließenden, sondern auch die in Kraft befindlichen Verträge als Ablaufstermin das Jahr 1912 erhalten. Den Kampf sollten aber die bei den Frühjahrsverhandlungen in Frage kommenden 42 Unterverbände des Arbeitgeberschutzverbandes nicht nur allein führen, sie sollten auch allein für die Kosten aufkommen! Es ist wirklich schade, daß dieses saubere Planchen nicht zur Ausführung gelangte; viel hat aber anscheinend nicht dazu gefehlt. Die Mannheimer Taktiker haben auch bei „sonst besonnenen Männern“ des Schutzverbandes Gegenliebe gefunden. Die Herren wollten mit den Scharfmachern im Baugewerbe paktieren, und hatten für den Fall einer gemeinsamen Ausspernung im Baugewerbe und in der Holzindustrie mächtige Positionen im Sack. Herr Mahardt ist heute recht froh, daß es dem Schutzverband gelungen ist,

seine Verträge unter Dach und Fach zu bringen, bevor er „in den Kladderadatsch des Baugewerbes“ hineinbezogen wurde. In diesem Zusammenhang wird übrigens bestätigt, daß die bekannte Farsche in der „Kaiserlicher-Versammlung“ des Schutzverbandes gegen den Willen des Schutzverbandesvorstandes und trotz dessen „eindringlicher Warnung“ geblieben wurde.

Herr Mahardt rechnet dann seinen lieben Freunden, den Stürmern und Drängern im Schutzverband vor, wie riskant für diesen eine große Ausspernung wäre. Die Holzindustrie umfaßt vornehmlich kleinere Betriebe; es müßten deshalb eine große Zahl von Unternehmern in vielen Städten organisiert und zur Ausspernung willig gemacht werden, um eventuell so viele Leute auf die Straße zu setzen, wie in der Großindustrie eine einzige Aktiengesellschaft aussperren kann. Dazu kommt die geringe finanzielle Leistungsfähigkeit des kleinen Handwerkers und der Umstand, daß er es mit gelehrten Gesellen, der Industrielle aber zu 60 Proz. mit ungelerten Arbeitern zu tun hat. Da der Klein- und Mittelbetrieb bei einer längeren Ausspernung überdies seine Existenz aufs Spiel setzt, muß er, im Gegensatz zum Großbetrieb, der nur Gefahr läuft, eine geringere Dividende an die Aktionäre zu zahlen, besonders vorsichtig operieren und eine Ausspernung nur dann anwenden, wenn alle anderen Mittel versagen. Schließlich legt Herr Mahardt dar, daß bei dem Ausgang, den die Bauarbeiterausspernung genommen hat, die Tischlermeister erst recht die Laderien gewesen wären, wenn sie sich hätten verleiten lassen, den Mummel mitzumachen.

Das ist alles ganz schön und richtig, und für diese unserer Kollegen dürfte es ein überraschendes Wild sein, Herrn Mahardt in der Rolle des Friedensapostels zu sehen. Aber nichts wäre törichter, als wenn wir uns im Vertrauen auf die Friedensliebe der Schutzverbandsleitung dazu verführen ließen, den Ausbau unseres Verbandes zu vernachlässigen. Wir haben Herrn Mahardt schon von einer anderen Seite kennen gelernt, und wenn wir auch zugeben, daß die Erfahrungen, die er im Kampf mit dem Holzarbeiterverband gemacht hat, nicht spurlos an ihm vorübergegangen sind, so wird auch für die Zukunft seine Friedensliebe nur so lange andauern, als ihm die Trauben zu hoch hängen. Jetzt gilt es für ihn, sich der Offiziere a. D. und der Kadetten zu erwehren, die ihm un bequem werden, und was er zur Verteidigung seiner Taktik sagt, gilt nur für die Tarifbewegung des verflorenen Frühjahrs. Minstlich wird er wieder andere Töne anschlagen und er wird, aller Voraussicht nach, gezwungen sein, über kurz oder lang Farschen erdnen zu lassen, wenn er seine Stellung behaupten und seinen Schutzverband zusammenhalten will.

Gegen seine Gegner, den Hauptmann a. D. Ehrlich und den Dr. Reiner, erhebt Herr Mahardt den Vorwurf, daß ihnen nicht das Interesse des Schutzverbandes am Herzen liegt, sondern, daß sie sich nur selbst eine Position schaffen wollen. Inwieweit dieser Vorwurf begründet ist, wollen wir nicht untersuchen; aber höchstwahrscheinlich wird dieses Argument manchen Tischlermeister heranzulassen, von den Gesenkezeichneten abzurücken. Uebrigens antwortet Herr Reiner auf die Angriffe des Herrn Mahardt in einem Flugblatt, welches als Sonderbeilage der „Arbeitgeber-Zeitung“ beigegeben ist. Er gibt dem Vorstand des Arbeitgeberschutzverbandes den Vorwurf, eine falsche Taktik eingeschlagen zu haben, zurück, und beschuldigt ihn, durch Vergeßlichkeit die Durchführung der genialen Pläne der südwestdeutschen Scharfmacher gestört zu haben. Schon vorher hat er in der „Arbeitgeber-Zeitung“ erklären lassen, daß er wegen der Bekanntmachungen in Nr. 27 der „Fachszeitung“ gegen die verantwortlichen Personen, in erster Linie also gegen Herrn Mahardt, gerichtliche Schritte in die Wege geleitet habe. Das wird ein interessanter Prozeß werden, vorausgesetzt, daß es die streitenden Brüder nicht vorziehen, sich rechtzeitig zu vertragen.

Der 27. deutsche Tischlertag wurde am 27. Juni in Stettin abgehalten. Die Tagesordnung war sehr reichhaltig, da es sich aber meist um alte Ladehütter, oder wie es die „Fachszeitung“ kürzlich höflich umschrieb, um Gegenstände handelte, die schon auf früheren Tagungen des Bundes deutscher Tischlerinnungen eingehend verhandelt wurden und auch die Teilnehmer am Tischlertage nicht nötig haben, überflüssige Neben zum Fenster hinauszuhängen, konnte alles ohne besondere Anstrengung im Handumdrehen erledigt werden, so daß die Festteilnehmer den folgenden Tag ganz ungehindert dem programmmäßigen Vergnügen widmen konnten. Zur Frage der Reichsversicherungsordnung hielt Herr Dr. Müffelmann ein kurzes Referat. In der alsdann angenommenen Resolution wird zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeitgeber von der Vorlage der Regierung noch nicht recht befriedigt sind. Insbesondere wünscht der Tischlertag die Erhaltung der Innungskassen und die Nebenahme der durch die neue Ordnung des Versicherungswesens entstehenden Mehrkosten auf allgemeine Kosten. Ueber die Arbeitskammer referierte Herr Pauli. In der angenommenen Resolution werden diese Kammern als ungenügend und schädlich für das Handwerk verworfen. Das Referat des Herrn Mahardt über die Sicherung der Bauforderungen verursachte eine kurze Diskussion, die mit der Annahme einer Resolution endete, in welcher die Inkraftsetzung des zweiten Teiles des Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen gefordert wird. Das Referat des Herrn Zarobki-Berlin über Fabrik und Handwerk zeitigte den Beschluß, die Regierung zu bitten, auch die Fabriken und Großbetriebe, in dem?

handwerksmäßig ausgebildete Arbeiter tätig sind, zu den Kosten der Fortbildung der Lehrlinge fördernden Einrichtungen heranzuziehen.

Ueber den korporativen Anschluß von Tischlerinnungen an den Arbeitgeberverband referierte Herr Kobbé. Die Debatte geht, wie es im Bericht der 'Nachzeitung' bricht, vielfach auf Gegenstände über, die lediglich Sachen des Schutzverbandes betreffen, was vom Vorsitzenden schließlich inhibiert wird. Es wird beschlossen, den Innungen den Beitritt zum Arbeitgeberschutzverband zu empfehlen. Als dann wurde über die Differenzen mit dem Verlage des Verbandsorgans berichtet und beschlossen, die 'Mittlerische Deutsche Tischler-Zeitung' ab 1. Juli der Eigenschaft als Bundesorgan zu entkleiden und den in Berlin erscheinenden 'Innenausbau' als offizielles Organ anzuerkennen. In der Diskussion über das Submissionswesen, wozu Herr Bartelst-Ettin ein Referat gehalten hatte, wurden die allen Klagen aufs Neue vorgebracht. Eine längere Resolution, die zu dem Gegenstand angenommen wurde, spricht einleitend die Hoffnung aus, daß der Erlaß des preussischen Ministers für öffentliche Arbeiten vom 23. Dezember 1905 einen wesentlichen Fortschritt des Submissionswesens bringen werde. Referat und Resolution über das Gefängniswesen brachte nur eine Wiederholung aller Klagen.

Große, und wie wir gern zugeben wollen, berechnete Entrüstung rief die Vorlesung eines Vertragsentwurfes hervor, den ein Möbelhändlerverband zur Regelung des Verhältnisses zwischen den Möbelfabrikanten und der Händlervereingung kürzlich in Vorschlag gebracht hatte. Dieser Vorschlag, der den Möbelfabrikanten und Tischlermeistern jeden direkten Verkehr mit den Kunden verbot und sie in vollständige Abhängigkeit von den Möbelhändlern gebracht hätte, wurde auf den energischen Einspruch des Obermeisters Mahardt in einer Berliner Versammlung, in welcher er zur Beratung stand, zurückgezogen. Man kann es aber den Tischlermeistern nicht verdenken, wenn sie sich vorbehalten, gegen etwaige ähnliche Versuche auch künftighin mit aller Entschiedenheit aufzutreten. Auch gegen den, nach einem Referat des Herrn Mahardt gefassten Beschluß, ab 15. September die Preise für alle Tischlerarbeiten um 7 1/2 Proz. zu erhöhen, haben wir von unserem Standpunkt aus nichts einzuwenden. Ob dieser Beschluß auch allgemein durchgeführt werden wird, erscheint allerdings nach den bisherigen Erfahrungen auf diesem Gebiet fraglich, wenn auch der Betrag von 500 Mk. ausgeworfen wurde, um in Gemeinschaft mit dem Arbeitgeberschutzverband in allen bürgerlichen Blättern entsprechende Bekanntmachungen zu erlassen. Jedenfalls wird sich unter Verband alle Mühe geben, den Unternehmern das Handwerk zu legen, die es versuchen werden, statt der Erhöhung der Verkaufspreise eine Reduktion der Arbeitslöhne durchzuführen. Wir erwarten selbstverständlich hierfür nicht den Dank des Anningebundes, sondern rechnen im Gegenteil damit, daß wir bei unserem Streben den Widerstand der Unternehmerorganisation zu überwinden haben werden.

Fachschule für die Klavierindustrie. Auf der diesjährigen Generalversammlung des Vereins deutscher Pianofabrikanten, die am 27. Juni in Berlin stattfand, wurde u. a. auch Bericht erstattet über die Stuttgarter Fachschule für diese Branche, die von der Württembergischen Zentralfstelle für Handel und Gewerbe, unter Beihilfe der Stadt Stuttgart und obenannten Vereins, errichtet wird und am 5. September d. J. ins Leben tritt. Zweck der Fachschule ist, jungen Klaviermachern, die eine Lehre und eine weitere, regelmäßig zweijährige praktische Tätigkeit im Klavierbau hinter sich und das 19. Lebensjahr zurückgelegt haben, eine vollständige Ausbildung zuteil werden zu lassen. Das Hauptgewicht wird auf den praktischen Unterricht gelegt. Daneben soll noch Konstruktionszeichnen, Physik (Mechanik und Akustik), Klavierpiel, Kalkulation, Buchführung usw. gelehrt werden. Das Schulgeld für den elfmonatlichen Kursus ist auf 150 Mk. festgesetzt. Den mit der Schule verbundenen Werkstatteinrichtungen hat der Fabrikantenverein auf eigene Rechnung übernommen. Anfragen sind zu richten an den Vorstand der Fachschule für die Klavierindustrie bei der Königl. Württ. Zentralfstelle für Handel und Gewerbe in Stuttgart.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Die Streitparagrafen gegen Unternehmer.

Trotzdem es die Unternehmer im Lohnkampfe an Verstößen gegen die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung durchaus nicht fehlen lassen, sind die Fälle doch äußerst selten, wo sich einmal ein Staatsanwalt der Herren dieserhalb annimmt. Ist aber nun schon einmal das Vorgehen der Arbeitgeber so haarsträubend und offensichtlich, daß der Staatsanwalt um die Anklageerhebung nicht herumkommt, so sind doch die 'Herren Angeklagten' sicher, stets milde Richter zu finden. Das haben erst jetzt wieder der Vorsitzende des Deutschen Fleischerverbandes, Obermeister Karl Marx aus Frankfurt a. M. und der ebenfalls in Frankfurt am Main wohnende Geschäftsführer dieses Verbandes, Ludwig Berwes, erfahren.

Bei einem Lohnkampfe der Karlsruher Metzgergehilfen, bei dem es sich um die Anerkennung des Tarifs handelte, schrieben die Angeklagten an drei Karlsruher Innungsmeister, die den Tarif anerkannt hatten, sie würden öffentlich gebrandmarkt, falls sie ihre Zusage, die sie den Gesellen gegeben, nicht zurücknahmen. Es wurde vor allem dafür gefordert, daß die Dissidenten keine Warenlieferung an Behörden mehr erhielten. Das Gewerkschafts-parlament bekam von diesem Brief Kenntnis und übergab ihn der Staatsanwaltschaft, da alle Merkmale — Bedrohungen und Schädigungen — vorlagen, welche sonst den Arbeiter unter Anklage bringen. Marx und Berwes mußten sich zunächst vor dem Schöffengericht Karlsruhe verantworten. Dieses verurteilte jeden der Herren zu je einem Tag Gefängnis.

Man vergleiche mit diesem milden Spruch die harten Urteile gegen Arbeiter. Aber freilich 'vor dem Gesetze sind alle Bürger gleich'. Im obigen Karlsruher Falle konnten

die Innungsärzten gar nicht begreifen, daß das Gesetz ausnahmsweise auch auf sie Anwendung finden sollte. Sie legten Berufung ein, die allerdings in den letzten Tagen von der Karlsruher Strafkammer verworfen wurde. Es bleibt also bei dem einen Tag Gefängnis, womit allerdings noch nicht gesagt ist, daß die Herren den Tag auch wirklich abtun müssen. Für solche 'Staatsverhaltende' Tätigkeit leuchtet gar oft die allerhöchste Gnadensonne.

Technisches.

Vom 'Fachblatt für Holzarbeiter' bringt das jetzt vorliegende Juliheft Ansichten bürgerlicher Möbel von Alfred Altherr, Elberfeld. Fachschuldirektor Brecht schreibt über die Wohndiele. Ein weiterer Artikel schildert die Eigenschaften des Holzes. Eine Anzahl Neuerungen im Fensterbau werden in Wort und Bild vorgeführt. E. August bringt die Fortsetzung über Konstruktion und Gestaltung von Tischlereierzeugnissen. Daneben erhält das wiederum recht reichhaltige Heft kleinere Zeitbeiträge sowie Entwürfe und Konstruktionszeichnungen von recht instruktiver Art. Das 'Fachblatt für Holzarbeiter' erscheint am 15. jedes Monats und ist gegen 1 Mk. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu abonnieren, sowie bei der Expedition, Berlin C 2, Neue Friedrichstraße 2.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2, bezogen werden.

Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Das unter diesem Titel herausgegebene sechste Heft der Arbeiter-Gesundheitsbibliothek ist soeben in neuer, der 6. Auflage erschienen. Der Verfasser hat unter Berücksichtigung des Leipziger Parteitag-Beschlusses ein neues Vorwort vorangeschickt, in dem er hervorhebt, daß der aus politischen Motiven geborene Beschluß diesen Zweck weit hinter sich lassend die Arbeiterklasse stärkt in ihrem Kampfe

gegen das preussische Junkertum. Das empfehlenswerte Heft ist zum Preise von 20 Pf. durch jede Parteibuchhandlung und Kolporteur zu beziehen. Eine Ausgabe auf besserem Papier kostet 50 Pf.

Geschichte der Gewerkschaftsklassen in Deutschland. Von Paul Kampffmeyer. Von dieser im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienenen Schrift gelangte soeben die zweite völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage zur Ausgabe.

Schon bei seinem ersten Erscheinen hat das Werk reiche Anerkennung gefunden. Es ist eine knappe Darstellung der sozialen Entwicklung Deutschlands. Der Verfasser will, wie er im Vorwort sagt, einen Beitrag zur sozialen Klassengeschichte Deutschlands geben, eine Darstellung der ökonomischen und politischen Verhältnisse dieser Klassen. Der denkende Arbeiter wird in dem Buch reiche Anregung finden. Der billige Preis von 2 Mk. erleichtert die Anschaffung.

Die Wertlehre bei Marx und Lassalle. Beitrag zur Geschichte eines wissenschaftlichen Mißverständnisses von Tatiana Grigorovici. Wien, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Co. Preis 2 Mk.

Die Protokolle über die Tarifverhandlungen im Matergewerbe im November 1900 und Januar 1910 sowie über die außerordentliche Generalversammlung vom 20. bis 22. Februar 1910 hat der Vorstand des Materverbandes in einer umfangreichen Broschüre herausgegeben. Das Studium dieser Broschüre dürfte auch über den Kreis der nächstbeteiligten hinaus Interesse erregen.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter, Jahr- und Handbuch 1909 für Verbandsmitglieder. Berlin, Selbstverlag des Verbandes.

Eingefandt.

Zentralkommission der Württen- und Pfälzindustrie.

Diesemjenigen Sektionsleiter, welche den von der Zentralkommission zugesandten Situationsbericht noch nicht zurückgeschickt haben, werden hiermit aufgefordert, denselben baldmöglichst einzusenden.

R. Güler.

Arbeitslosigkeit im 2. Quartal 1910.

Gau	Schülerzahl im letzten Quartale	Mitarbeiterzahl am Schluß des Quartals	Arbeitslose Mitglieder am Orte				Durchschnittliche Zahl am letzten Tage des Quartals	Unterstützung haben erhalten								
			vom vorigen Quartal		Gesamtzahl	am letzten Tage d. Quart.		Arbeitslose am Orte				Arbeitslose auf der Reise				
			Mitgl.	Tage				Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage			
Danzig	84	2780	78	284	312	87	6	189	1980	2622	50	145	236	219	12	—
Stettin	80	3218	80	370	430	60	17	123	1503	2520	88	543	807	718	95	—
Breslau	45	6908	119	575	694	97	16	301	3604	6126	28	435	694	607	47	—
Berlin	95	33185	1393	10897	12200	1925	56	3049	38235	78355	—	1782	3632	3406	—	—
Dresden	56	12618	258	1308	1566	210	44	540	8072	15571	62	1007	1619	1462	87	—
Leipzig	59	14270	168	1528	1686	234	61	616	7184	12405	41	1876	2061	1850	12	1
Erfurt	61	5810	56	180	236	87	41	100	1572	2168	—	1094	1365	1149	98	—
Magdeburg	84	8094	77	878	455	54	44	236	2603	4076	84	1303	2078	1945	14	—
Hamburg	66	17309	521	3790	4311	677	152	1785	20514	42978	91	3096	4988	4684	65	—
Hannover	44	9020	206	1149	1355	169	53	494	7966	15138	95	1809	2864	2649	89	—
Düsseldorf	58	8034	86	645	731	98	130	307	2831	4662	56	2265	3325	3058	15	—
Frankfurt	62	9636	162	700	952	180	105	353	4536	7384	60	2227	3712	3388	12	1
München	40	10079	128	487	595	188	20	271	4160	7618	85	974	1796	1708	11	—
München	40	5946	109	1178	1287	147	28	220	2627	4989	45	964	1946	1318	25	1
Stuttgart	90	8865	59	313	372	77	46	158	2075	3490	94	1888	2500	2265	66	2
Hanau	—	612	3	6	9	1	—	5	48	69	86	84	76	58	20	—
2. Quartal 1910	824	154048	3478	23808	27281	4191	810	8697	109510	205158	84	20442	33691	30908	18	5
1. " 1910	825	150804	7125	21808	28428	3478	217	10288	146152	245420	01	14108	22097	19289	61	2
4. " 1909	821	149517	2731	23218	25940	7110	219	7287	98859	186728	46	12557	21528	19960	71	4
3. " 1909	811	147935	4498	20478	24971	2717	259	5872	76464	107826	96	21867	36715	34688	70	7
2. " 1909	810	145590	6316	19694	26010	4491	368	8027	114239	160808	19	22502	38008	35847	27	4

Im zweiten Quartal 1910 betrug die Gesamtzahl der gemeldeten arbeitslosen Mitglieder 27 281, gegen 23 498 im vorigen Vierteljahr und 26 010 im zweiten Quartal 1909.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen hat gegen das erste Quartal 1910 eine Abnahme von 1347, im Vergleich zum zweiten Quartal 1909 dagegen eine Zunahme von 1271 erfahren. Eine recht wesentliche Steigerung weist der die Gesamtzahl ungünstig beeinflussende Zugang auf. Derselbe stellt sich mit 23 803 im 2500 höher als die Ziffer des vorigen Quartals. Diejenige des zweiten Quartals 1909 wird sogar um 4109 überschritten. Es sind ausschließlich die Gauen Berlin und Hamburg, die das Gesamtbild des Verhältnisses ungünstig beeinflussen. Die beträchtlich gesteigerte Arbeitslosenziffer der Städte Berlin und Hamburg dürfte jedoch keineswegs ihren Grund in einer Zunahme der Beschäftigungslosigkeit haben, sondern vielmehr auf den in beiden Städten erfolgten Weiterausbau des Arbeitsnachweises zurückzuführen sein, wodurch eine genauere Kontrolle der arbeitslosen Mitglieder ermöglicht worden ist. Der Prozentsatz der Arbeitslosen von der Gesamtzahl der Mitglieder beträgt 17,7 gegen 18,9 im vorigen Quartal und 17,0 im zweiten Quartal 1909. Am letzten Tage des Vierteljahres waren 2,7 Proz. der Mitglieder arbeitslos, im vorigen Quartal waren es 2,3 Proz. und im Vergleichs-quarteral des Vorjahres 3,1 Proz.

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen hat einen nicht unwesentlichen Rückgang zu verzeichnen. Sie ging von 146 152 im vorigen Quartal auf 109 510 im Vergleichs-quarteral zurück. Das zweite Quartal 1909 zählte 114 239 Unterstützte. Auf 100 Arbeitslose entfallen 31,9 Unterstützte gegen 36,2 Proz. im vorigen Quartal und 30,9 Proz. im zweiten Quartal 1909.

Die Durchschnittszahl der Tage, für die Unterstützung gewährt wurde, beträgt 12,6, im vorigen Quartal 14,2, im Vergleichs-quarteral 1909 ebenfalls 14,2. Der durchschnittliche Betrag der ausbezahlten Unterstützung beziffert sich auf 23,59 Mk. gegen 23,87 Mk. im ersten Quartal 1910 und 20,04 im zweiten Quartal 1909. Beim Vergleich mit der letzten Ziffer ist zu beachten, daß in dieser die lokalen Unterstützungen nicht mit enthalten sind. Diese werden seit dem 1. Januar 1910 miteingerechnet.

Von den einzelnen Gauen hatten, wie schon erwähnt, Berlin und Hamburg die höchsten Arbeitslosenziffern mit 37,0 bzw. 24,3 Proz. der Mitglieder. Es folgen dann die Gauen: München 21,6, Hannover 15,2, Stettin 13,4, Dresden 12,4, Leipzig 11,3, Danzig 11,2, Düsseldorf 10,0, Breslau 9,9, Frankfurt 9,8, Magdeburg 7,5, Nürnberg 5,9, Erfurt 4,4 und Stuttgart 4,2 Proz.

Die durchschnittliche Arbeitslosenziffer am letzten Tage des Quartals wird nur von den Gauen Berlin und Hamburg mit 5,8 bzw. 3,9 Proz. überschritten.

Den Höchstsatz der Unterstützten von der Gesamtzahl der Arbeitslosen hatte der Gau Magdeburg mit 51,9 Proz., dann folgen die Gauen Nürnberg mit 45,6, Danzig 44,7, Breslau 43,4, Stuttgart 42,3, Erfurt 42,4, Düsseldorf 42,0, Hamburg 41,5, Frankfurt 37,1, Leipzig 36,5, Hannover 36,4, Dresden 34,3, Stettin 28,6, Berlin 24,8 und München 17,1 Proz. Die leichtgenannten drei Gauen stehen unter dem allgemeinen Durchschnitt von 31,9 Proz.

Die Durchschnittszahl der unterstützten Tage sowie der durchschnittliche Betrag der ausbezahlten Unterstützung sind am höchsten im Gau Hannover mit 16 Tagen und 30,64 Mk. Unterstützung, am niedrigsten im Gau Düsseldorf mit 9,2 Tagen und 15,19 Mk. Unterstützung. Wie schon bemerkt wurde, beträgt der Gesamtdurchschnitt 12,6 Tage und 23,59 Mk. Unterstützung.

Die Reiseunterstützung ist gegen das erste Quartal um 11 618 Mk. gestiegen, bleibt aber um 4935 Mk. gegen die des zweiten Quartals 1909 zurück.

Bezüglich der Zahl der auf der Reise unterstützten Mitglieder ist wieder daran zu erinnern, daß es sich bei den Zahlen in der Tabelle in Wirklichkeit nicht um so viele Mitglieder handelt, da die reisenden Mitglieder so oft mehrfach gezählt werden, als sie in mehr als einer Jahrestage Unterstützung erheben.

Zum Schluß fügen wir wieder das Ersuchen an alle Verbandsmitglieder an, auch in Zukunft zur Ermöglichung einer vollkommenen Arbeitslosenstatistik dadurch beizutragen, daß jeder, ob unterstützungsberchtig oder nicht, im Falle der Arbeitslosigkeit die sofortige Meldung bei der Ortsverwaltung nicht veräumen möge.

Der Verbandsvorstand.

